



Suchergebnisse: widerstand

Juli 1148 – Dank der Templer endet der Kreuzzug nicht in einem Desaster

Damaskus * Die Kreuzfahrer können zwar die Obstgärten von Damaskus erobern, stoßen aber auf heftigen Widerstand und verlegen deshalb ihre Truppen in den Osten der Stadt. Doch dieses Gebiet war eine offene Ebene, die weder Schutz noch Wasser bot, sodass die christlichen Kampftruppen schließlich zum Rückzug gezwungen waren. Die Templer erwerben sich durch ihre Teilnahme am Zweiten Kreuzzug den Ruf fanatischer Kämpfer von großem Mut, äußerster Disziplin, aber auch von außerordentlicher Überheblichkeit. Frankreichs König Ludwig VII. berichtet, dass es nur den Tempelherren zu verdanken sei, dass der falsch geplante und schlecht geführte Kreuzzug nicht in einem Desaster endete. Es folgen wechselseitige Beschuldigungen, die das Verhältnis zwischen dem Abendland und den Kreuzfahrerstaaten auf Jahre hin vergiften. Und die Akteure des Zweiten Kreuzzuges beschönigen die Geschichte, indem sie eisern die Schmach verschweigen oder schön reden. Die Kritiker, die den Tod von vielen Tausenden als sinnlose Opfer bezeichnen, werden immer lauter. Bernhard von Clairvaux, der in seinen Kreuzzug-Predigten sagte: „Im Tod des Heiden sucht der Christ seinen Ruhm, weil Christus verherrlicht wird“, erklärt jetzt, dass das Desaster durch die Sünden der Pilger verursacht worden ist und dass Gott deshalb den Kreuzfahrern seinen Segen entzogen habe. Bischof Otto von Freising, ein Bruder des Stauferkönigs Konrad III. und selbst aktiver Teilnehmer am Zweiten Kreuzzug, räumt zwar den Misserfolg des Unternehmens ein, versucht aber zumindest einen kleinen Gewinn zu erkennen, wenn er den Kritikern entgegnet: „Wenn [...] unser Feldzug nicht gut war zur Ausweitung unserer Grenzen, noch für die Wohlfahrt unseres Leibes, so war er dennoch gut für das Heil vieler Seelen“. Bernhard von Clairvaux ist von der Kritik an seiner Person schwer enttäuscht, weshalb er sich gegenüber Papst Eugenius III. ausführlich rechtfertigt und dabei jede Schuld von sich weist: „Wir eilten nicht dorthin wie ins Ungewisse, sondern auf Deinen, ja durch Dich auf Gottes Befehl“. Der Zisterzienser-Abt lässt sich schließlich in Chartres erneut zum Anführer eines Kreuzzuges wählen, doch der Papst will nach den gemachten leidigen Erfahrungen diesen Plan erst fördern, wenn die Aussicht auf Erfolg auch gesichert ist.

18. Mai 1291 – Akkon wird nach Wochen der Verteidigung von den Muslimen erobert

Akkon * Akkon wird nach mehreren Wochen der Verteidigung von den Muslimen erobert. Die Templer leisten aus ihrem turmartigen Haus weiterhin Widerstand. Als jedoch die Situation für die Verteidiger immer aussichtsloser wird, verspricht ihnen Sultan al-Aschraf Halil den freien Abzug.



Kaum haben die Ordensritter den Turm verlassen, stürzen sich die Angreifer auf sie, nehmen sie fest und schlagen ihnen die Köpfe ab. Als die sich noch im Turm befindlichen, aber verwundeten Tempelherren dies bemerken, setzen sie sich mit letzter Kraft wieder zur Wehr. Daraufhin beginnen die Belagerer mit dem Unterminieren des Turmes.

13. Oktober 1307 – Im Morgengrauen werden die Templer verhaftet

Paris * Zur Überraschung von Papst Clemens V. werden im Morgengrauen - gleichzeitig in ganz Frankreich - die Templer verhaftet, ihre Güter beschlagnahmt und die Ordenshäuser unter königliche Aufsicht gestellt. Der Überraschungscoup gelingt und es gibt keinen militärischen Widerstand der Tempelritter. Trotzdem kann der Großmeister der Tempelherren, Jacques de Molay, noch kurz vor der Massenverhaftung Bücher und Dokumente des Ordens verbrennen. Die Zahl der Verhaftungen lässt sich nur schwer abschätzen. In Paris gibt es 138 Festnahmen. Lediglich zwölf bis zwanzig Ordensritter können vor der Razzia fliehen, darunter nur ein hoher Würdenträger. Der Brief von König Philipp IV., datiert vom 14. September [Tag der Kreuzerhebung], hat den folgenden Inhalt: „Eine bittere, beklagenswerte, entsetzlich sich vorzustellende Sache [...]. Ein verabscheuungswürdiges Verbrechen, eine scheußliche Missetat [...]. Eine ganz und gar unmenschliche, ja jeder Menschlichkeit fremde Sache ist uns dank mehrerer glaubwürdiger Menschen zu Ohren gekommen“. Und weiter heißt es: „Die Brüder des Ordens der Miliz vom Tempel, die die Wolfsnatur unter dem Schafspelz verbargen und unter dem Habit des Ordens in erbärmlicher Weise die Religion unseres Glaubens beleidigten, werden beschuldigt, Christus zu verleugnen, auf das Kreuz zu spucken, sich bei der Aufnahme in den Orden obszönen Gesten hinzugeben“, und „sie verpflichteten sich durch Gelübde und ohne Furcht, das menschliche Gesetz zu beleidigen, sich einander hinzugeben, ohne Widerrede, sobald es von ihnen verlangt wird.“ Zur Aufdeckung der Wahrheit werden „ausnahmslos alle Mitglieder des selbigen Ordens unseres Königreichs festgenommen, gefangengehalten und dem Urteil der Kirche vorbehalten“. Alle ihre Güter, „bewegliche und unbewegliche“, werden „beschlagnahmt, von uns eingezogen und getreu verwahrt werden“.

Mai 1308 – Papst Clemens V. wird der Wille gebrochen

Poitiers * Papst Clemens V. wird bei der Zusammenkunft in Poitiers endgültig der Wille zum Widerstand genommen. Mit den führenden Templern, Jacques de Molay und Hugues de Pairaud, die in Chinon inhaftiert sind, trifft der Pontifex maximus nie zusammen, weshalb sie ihm auch nie ihre Sicht der Dinge erklären können. Deshalb beginnt der Papst allmählich selbst an der Unschuld der Tempelherren zu zweifeln und hebt die Suspension der Inquisitoren wieder auf.



1484 – Papst Innozenz VIII. erlässt die Bulle „Summis desiderantes“

Rom-Vatikan * Der Verfasser des Hexenhammers, Heinrich Kramer [„Henricus Institoris“], erwirkt von Papst Innozenz VIII. die Bulle „Summis desiderantes“, in der er die von Hexen begangenen Schäden beklagt, die in den Erzbistümern Köln, Mainz, Trier, Salzburg und Bremen aufgetreten sein sollen. Gleichzeitig kritisiert er den Widerstand, mit dem viele Städte und Territorien eine Hexenverfolgung verweigern.

1485 – Die Hexenverfolgung in der Diözese Brixen scheitert

Brixen * Die Hexenverfolgung des Heinrich Institoris, des Inquisitors der oberdeutschen Ordensprovinz, in der Diözese Brixen scheitert, nachdem der dortige Bischof für den Abbruch des Verfahrens sorgt und Institoris hinaus wirft. Seine Prozessführung ist offensichtlich so wirr, rechtsbrüchig und skandalös, dass der Bischof keinen anderen Weg als diesen sieht.

1560 – Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung zugenommen

Europa * Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung nach 1560 stark zugenommen. Der Mechanismus einer Agrarkrise lässt sich vereinfacht wie folgt darstellen: Das Ergebnis einer klima- oder unwetterbedingten Missernte ist die Verknappung der Grundnahrungsmittel, was bis ins 19. Jahrhundert hinein immer das Brotgetreide betrifft. Die unmittelbare Folge davon ist eine Teuerung, die dazu führt, dass große Teile der Bevölkerung hungern oder an Unterernährung leiden. Dieser verschlechterte Allgemeinzustand bewirkt oft das Auftreten von epidemischen Krankheiten oder eine stark erhöhte Krankheitsanfälligkeit. Dieser Zyklus dauert bis zur nächsten Ernte, also bis zum Spätsommer des folgenden Jahres. Folgt aber in der Zwischenzeit eine weitere Missernte, erhöht sich der Schaden um ein Vielfaches. Die Perioden der Teuerung treten um das Jahr 1560 häufiger auf und dauern länger. Diese Hungerkrisen betreffen große Teile Europas, weshalb neue Hexenverfolgungen beginnen und in den verschiedenen Ländern zu einer Verschärfung der Hexen-Gesetzgebung führen. Die Verfolgung der Hexen ist nicht von der konfessionellen Überzeugung der Verfolger abhängig. Auch drängen sich nach der Reformation die katholisch gebliebenen Gebiete - wie man gerne unterstellt - nicht in den Vordergrund. Im Gegenteil: In Spanien hat sich die Inquisition seit dem Jahr 1526 auf eine sehr gemäßigte Position zurückgezogen. In Italien führt eine Debatte in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts zu einem deutlichen Widerstand gegen die Hexenverfolgungen in den oberitalienischen Alpentälern. Anders verhält es sich mit den Hexenverfolgungen in Deutschland. Hier beginnen die Protestanten achtzig Jahre später dort, wo



die Katholiken in den 1480er-Jahren aufgehört haben, nämlich im deutschen Südwesten.

18. April 1583 – Herzog Wilhelm V. den Grundstein für die prachtvolle Michaelskirche

München-Kreuzviertel * Ungeachtet der ungeheueren Schuldenlast und der Widerstände seiner Familie, der Räte und der Münchner Bürgerschaft legt Herzog Wilhelm V. den Grundstein für die prachtvolle Michaelskirche und das palastartige Kloster der Societas Jesu.

5. November 1591 – Die beiden letzten Werdenfelser Hexen werden hingerichtet

Werdenfelser Land * Mit Brigitta Krätzler und Barbara Feurer werden die beiden letzten Beschuldigten des Werdenfelser Hexenprozesses hingerichtet. Dann endet zunächst die Hexenverfolgung im Werdenfelser Land. Das liegt einerseits am verstärkt auftretenden Widerstand aus der Bevölkerung, andererseits an den hohen Kosten. Alleine der Nachrichten erhält für jede Besichtigung zwei Gulden, dazu täglich ein Wartegeld von zwei Gulden und für jede Hinrichtung nochmal acht Gulden. Auch Verpflegung und Unterkunft trägt die Staatskasse. Insgesamt kostet der Werdenfelser Hexenprozess rund 4.000 Gulden. Am Ende dieser Verfolgungs-Periode zählt man 49 auf dem Scheiterhaufen zum Teil lebendig verbrannter Angeeschuldigter, zum Teil werden sie vorher erwürgt oder geköpft. Zwei Frauen sterben während ihres Gefängnisaufenthalts, eine davon verübt Selbstmord.

19. April 1600 – Die „Inquisitoren“ nehmen sich den Vater Paulus Pämb vor

München-Graggenau * Die Inquisitoren nehmen sich den Vater Paulus Pämb vor. Er kommt an den Wippgalgen, bei dem man an nach hinten gestreckten Armen und einem Gewicht an den Füßen hochgezogen wird. Auch sein Widerstand bricht schnell und er bestätigt jede nur mögliche Grausamkeit, die man ihm und seinen erwachsenen Söhnen unterstellt. Die Verhandlungsführer gehen immer nach dem gleichen Muster vor. Die gewünschten Antworten werden quasi vorformuliert und müssen von dem Opfer nur noch bestätigt werden. Was dann im Geständnis steht, ist also in der Regel der Phantasie der Befrager entsprungen.

22. Januar 1621 – Herzog Maximilian I. heimlich als Kurfürst vorgesehen



Wien * Der als „Winterkönig“ verunglimpfte wittelsbachisch-pfälzische Kurfürst Friedrich V. wird vom Kaiser geächtet und verliert seine Kurfürstenwürde sowie die Oberpfalz. Erst mit der Reichsacht gegen Friedrich V. entsteht die juristische Voraussetzung, um die Kurwürde neu zu übertragen und die Lehen neu zu vergeben. Baierns Herzog Maximilian I. erhält zwar die politische Zusage, doch der Kaiser kann die Kurwürde nicht einfach privat vergeben, weil sie Teil der Reichsverfassung ist [= Goldene Bulle], das Gleichgewicht der Kurfürsten verändern und dadurch protestantischen Widerstand provozieren würde. In der Folge soll auch die Bevölkerung wieder in den Schoß der katholischen Kirche zurückgeführt werden. Die Oberpfalz war zwischen 1556 und 1563 lutherisch, zwischen 1563 und 1576 calvinistisch reformiert, zwischen 1576 bis 1583 wieder lutherisch und zwischen 1583 und 1628 erneut calvinistisch.

15. Mai 1625 – Das grausame Frankfurter Würfelspiel

Frankfurt * Ein Zentrum des oberösterreichischen Aufstands gegen die bayerische Besatzungsmacht ist der Ort Frankfurt bei Vöcklabruck. Hier wird ein Exempel statuiert. Man treibt rund 5.000 Bauern aus Frankfurt und Umgebung auf dem „Haushamer Feld“ zusammen und erklärt den 36 Anführern, dass sie wegen Widerstands zum Tode verurteilt sind. Aus Gnade wolle man aber der Hälfte das Leben schenken. Um diese Hälfte zu ermitteln, werden Paare gebildet, die um ihr Leben würfeln sollen. An 16 Verlierern wird das Todesurteil sofort vollstreckt, zwei Todgeweihte werden begnadigt. Das Frankfurter Würfelspiel wird zum Auslöser für den großen oberösterreichischen Bauernaufstand im Mai 1626.

25. November 1626 – Die aufständischen Bauern werden in vier blutigen Schlachten geschlagen

Oberösterreich * Eine bayerisch-kaiserliche Armee besiegt in vier blutigen Schlachten die sich tapfer und verzweifelt wehrenden Bauern in Oberösterreich vollständig. 8.000 Bauern kommen dabei ums Leben. Ende November herrscht wieder Ruhe im Land. Ein weiterer Widerstand der Untertanen ist nicht mehr zu befürchten.

4. März 1628 – Die Kurwürde Baierns wird erblich

München * Kurfürst Maximilian I. von Bayern erhält die erbliche Kurwürde offiziell verliehen. Die ihm am 25. Februar 1623 übertragene Kurwürde war nur „auf Lebenszeit“. Jetzt ist die bayerische Kurwürde erblich, doch der 55-jährige Kurfürst Maximilian I. hat noch keinen Erben. Die Rangerhöhung Baierns vom Herzogtum zum Kurfürstentum wird im ganzen Land kundgetan.



Im siebenköpfigen Kurfürstenkollegium scheint damit die katholische Mehrheit auf Dauer gesichert. Gleichzeitig fühlen sich aber die protestantischen Reichsstände zu erhöhtem Widerstands- und Kampfeswillen herausgefordert.

11. November 1698 – König Carl II. von Spanien ernennt Joseph Ferdinand zum Alleinerben

Madrid * König Carl II. von Spanien ernennt den sechsjährigen bayerischen Kurprinzen Joseph Ferdinand zum „Prinzen von Asturien“ und damit zum alleinigen Erben der spanischen Monarchie. Nun gibt sich der bayerische Kurfürst Max Emanuel, der inzwischen Therese Kunigunde, die Tochter seines ehemaligen Waffengefährten, des polnischen Königs Johann III. Sobieski, geheiratet und im Mai 1698 seinen Sohn nach Brüssel hat bringen lassen, zu weiteren hochfliegenden Zukunftsträumen hin. Wenn er großzügig den Besitz des Gesamthauses Wittelsbach zusammen zählt, dann sind die großen europäischen Dynastien überflügelt: Bayern, Spanien, beide Indien, Niederlande, Mailand, Neapel, Sizilien in einer Hand - Schweden, Kurpfalz, Jülich und Berg, Neuburg, Köln, Lüttich und Berchtesgaden sind von Verwandten besetzt. Das Testament des spanischen Königs stößt aber auf den Widerstand von Frankreich und Österreich. Damit kann die politische Zukunft für den Thronfolger keineswegs als gesichert angesehen werden.

2. Oktober 1705 – Zwangsrekrutierungen werden angeordnet

München * Da sich weiterhin die meisten jungen Männer der Rekrutierung durch Flucht entziehen, ordnet die Kaiserliche Administration Zwangsrekrutierungen zur Auffüllung ihrer stark gelichteten Regimenter an. Verwaltungsbeamte und Rekrutierungskommandos greifen wehrfähige Männer auf, wo immer sie sie finden. Söhne und Knechte von Bauern werden während der Feldarbeit oder nachts aus den Betten weggeschleppt. Sogar aus den Kirchen werden sie gezogen, auf Wagen gefesselt nach Ungarn oder Italien entführt. Den Bauern fehlen dadurch die Arbeitskräfte. Bis zu den Zwangsrekrutierungen beschränkte sich die Bevölkerung auf Beschwerden an die Kaiserliche Administration. Erst ab jetzt wird tätlicher Widerstand anzutreffen sein.

25. Dezember 1705 – Oberst de Wendt befiehlt einen Ausfall aus dem Isartor

München * Um 8 Uhr befiehlt Oberst Johann Baptist de Wendt einen Ausfall aus dem Isartor. Die völlig überraschten oberländischen Bauern fliehen in Richtung Lehel und verstecken sich dort.



Von ihnen werden 32, darunter Leutnant Johann Georg Aberle, gefangen genommen. Hofkoch Sebastian Engelhart und der Jägeradam Schöttl können entkommen. Die 100köpfige Besatzung des Roten Turms leistet heftigen Widerstand, wird aber „ungeacht deß starckhen feuers“ niedergemacht. Bei den kriegesischen Auseinandersetzungen am Roten Turm und vor dem Isartor kommen 400 Aufständische ums Leben, 200 werden gefangen genommen.

8. Januar 1706 – Das Massaker von Aidenbach

Aidenbach * Das Massaker von Aidenbach beginnt. Die Unterländer werden niedergeschlagen. Freiherr von Gemmel berichtet: „Es haben sich aber die Rebellen, ehe man die Höhe gar besteigen können, gleichsam in dem Augenblick, ohne Verlierung des geringsten Feuers, in den hinter sich gehabten Wald gezogen; ihr Kommandant und andere Offiziere sind, gleich wie sie schelmischer Weise ihr rebellisches Kommando angetreten, wieder solchergestalten auf ihren Pferden mit der wenig gehabten Kavallerie durchgegangen und haben ihre Hauptarmee im Stich gelassen, welche der verbitterte Soldat sowohl zu Pferd als zu Fuß sogleich umringt und in den Wäldern und Feldern aufgesucht, alles, was sich nur blicken lassen, gegen einen wenigen Widerstand solchergestalten niedergemacht und massakriert, daß der wenigere Teil davongekommen. Teile von ihnen haben sich in einige unweit von dieser Niederlage gelegene Bauernhäuser retiriert und sonderbar aus einem auf die Kaiserlichen mit kleinem Gewehr stark Feuer gegeben, daher diese Häuser sämtliche in Brand gesteckt und was nicht darinnen verbrennen, sondern entlaufen wollen, ohne Unterschied niedergemacht worden ist.“ Der Volksaufstand bricht zusammen.

25. September 1737 – Von den Widerständen unbeeindruckt

Berg am Laim * Von den Widerständen gegen das Bauvorhaben lässt sich Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl offenbar nicht beeindrucken. Er treibt die Vorbereitungen für den Neubau der Michaelskirche entschlossen voran und veranlasst die Anlieferung von Baumaterialien sowie die Errichtung von Bauhütten. Zu diesem Zeitpunkt liegen ja bereits die Baupläne des Architekten Johann Michael Fischer vor. Diese werden in enger Abstimmung mit François Cuvilliers überarbeitet und aktualisiert. Clemens August kennt Cuvilliers bereits von dessen Arbeiten an den Schlossbauten in Brühl und schätzt ihn als einen seiner bedeutendsten Baumeister. In Kurköln trägt Cuvilliers den Titel des Ersten Baumeisters.



7. Februar 1738 – Widerstand des Münchner Maurerhandwerks

Berg am Laim * Nur drei Tage nach dem Abschluss des Bauvertrags zwischen der Erzbruderschaft und Philippus Jakobus Köglsperger regt sich Widerstand gegen dessen Ernennung zum verantwortlichen Baumeister. Das Münchner Maurerhandwerk wendet sich an den Rat der Stadt mit der Bitte, Köglsperger sämtliche Bautätigkeiten zu untersagen. Der Vorstoß verdeutlicht, dass die personellen Entscheidungen rund um den Neubau der Michaelskirche nicht unumstritten sind und bereits zu Beginn des Bauvorhabens Konflikte innerhalb des Baugewerbes auslösen.

1749 – Josepha von Kern verkauft Grundstücke in der Falkenau

Au - Untergiesing * Da sich Oberleutnant Anton Josef von Kern, der Besitzer der Falkenau, überschuldet hat, übernimmt seine Frau Josepha, eine geborene von Pitzl auf Eberstall, die Betreuung der Besitzungen. Nachdem sie Witwe geworden ist, muss sie für ihre fünf minderjährigen Söhne sorgen. Gegen den entschiedenen Widerstand ihrer Gläubiger verkauft sie einige Grundstücke der Falkenau nahe dem Kühbächl an den Schrafnagelmüller Loiblmeier und an den Hofbankier und Kommerzienrat Franz Anton von Pilgram, der schon weitere Grundstücke in der Gegend besitzt.

11. März 1751 – Errichtung eines Exerzitienhauses für die Franziskaner

Berg am Laim * Joseph Clemens' Nachfolger und Neffe, Kurfürst Clemens August von Köln, plant mit dem Neubau der Berg am Laimer Michaelskirche gleichzeitig die Errichtung eines Exerzitienhauses für die Franziskaner. Auch hier gibt es Widerstände des Ortspfarrers von Baumkirchen, die den Pfarrer einsetzenden St.-Veit-Chorherren in Freising und des Freisinger Ordinariats, an dessen Spitze Bischof Johann Theodor, ein Bruder Clemens Augusts. Auch der andere Bruder, Baierns Kurfürst Carl Albrecht, will diese Aufgabe lieber von den Jesuiten als von den Franziskanern ausgeführt sehen, weshalb noch nach seinem Tod die Kaiserin-Witwe Maria Amalia die in Berg am Laim gelegene Josephsburg - im Geheimen und ohne den Kölner Bischof in die Entscheidung einzubeziehen - den Jesuiten übertragen will. Nach langem Hickhack kommen drei Franziskaner doch noch nach Berg am Laim. Am 11. März 1751 wird das Hospiz in Anwesenheit von drei Wittelsbachern - dem kurkölnischen Fürstbischof Clemens August, dem Freisinger Bischof Johann Theodor und dem neuen baierischen Kurfürsten Max III. Joseph - eingeweiht. Clemens August hatte zuvor schriftlich zu bestätigen, dass die „Franziskaner nirgends betteln, noch den Pfarrern die Messen wegnehmen und den pfarrlichen Funktionen



Eintrag tun“.

1755 – Die Münchner Brauer lassen Bierkeller ins Isarhochufer graben und mauern

Haidhausen - Au * Trotz erheblichen Widerstands von den Behörden lassen die ersten Münchner Brauer mit erheblichen Kostenaufwand am Gasteigberg Bierkeller ins Isarhochufer graben und mauern. Zunächst werden auf dem gekiesten Untergrund Linden, später Kastanien angepflanzt.

1773 – Wozu denn soll der Bauer Lesen und Schreiben lernen?

München * Die staatlich angestrebte Schulreform stößt auf harten Widerstand. Der Erzpriester Martin Joseph Jacabin meint: „Wozu denn sollte der Bauer Lesen und Schreiben lernen! [...] Der Allmächtige Gott hat auch dem des Lesens und Schreibens unkundigen Landvolk genügsame Kräfte gegeben, dasjenige begreifen zu können, was zu seiner zeitlichen und ewigen Wohlfahrt erforderlich ist. [...] So lang man, sozusagen, ein einziges Buch gehabt, war fast alles fromm und heilig.“

5. April 1774 – Kurfürst Max III. Joseph will die Friedhofsfrage neu regeln

München-Isarvorstadt * Kurfürst Max III. Joseph fordert den Stadtmagistrat auf, einen Standort für einen neuen Friedhof zu finden oder die Erweiterung des bestehenden Friedhofs vor dem Sendlinger Tor, des heutigen Alten südlichen Friedhofs, zu überdenken. Die bestehenden Friedhöfe innerhalb der Stadtmauer sollen aufgelassen, gekalkt und gepflastert werden. Auch die Gräfte in den Kirchen, diese „stinkenden, vergifteten Vorratskeller ansteckender Luft“, sollen aufgelassen werden. Sofort organisiert sich Widerstand gegen diese kurfürstlichen Maßnahmen, wobei das einfache, ärmere Volk davon weniger betroffen ist, weil sie schon seit längerer Zeit ihre Toten vor das Sendlinger Tor begleiten müssen.

1784 – King George III. entlässt Sir Benjamin Thompsons in baierische Dienste

London - München * Der englische König George III. erteilt Sir Benjamin Thompsons Bitte zum Eintritt in baierische Dienste, eine Zusage. Damit kann er Leibadjutant von Kurfürst Carl Theodor und Mentor dessen außerehelichen Sohnes Graf Bretzenheim werden. England verfolgt die Tauschpläne des baierischen Herrschers mit Argwohn. Dieser will mit Baiern einen Teil seines



Kurfürstentums gegen die Österreichischen Niederlande eintauschen, um Herrscher des neuen Königreichs Burgund zu werden. Das Vorhaben hätte aus der zerstückelten Pfalz einen ansehnlichen Staat gemacht. Während die Pläne in Österreich befürwortet werden, formiert sich in Baiern massiver Widerstand.

20. August 1802 – Aktiver Widerstand erscheint als nicht angemessen

Salzburg - Mühldorf * Das in Salzburg sitzende Hofratsdirektorium teilt dem Mühldorfer Pfleger Siegmund Christoph von Hartmann mit, dass für eine militärische Besetzung der Stadt keine rechtlichen Grundlagen vorhanden wären und diese einen massiven Rechtsbruch darstellen würde. Doch sei angesichts der Lage ein „aktiver Widerstand nicht angemessen“.

Januar 1809 – Erzherzog Johann lädt die führenden Köpfe des Tiroler Widerstands ein

Wien - Tirol * Erzherzog Johann lädt drei der zu den führenden Köpfen des Widerstands zählenden Tiroler nach Wien. Darunter ist Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Passeier. In vertraulichen Gesprächen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Um mögliche rechtlich-moralische Bedenken der Tiroler Bevölkerung im Aufstand gegen die bayerische Landesherrschaft auszuräumen, will der Erzherzog gleich bei Kriegsbeginn ein Besitzergreifungspatent unterzeichnen und damit Tirol wieder mit Österreich vereinen. Damit wären die Tiroler keine bayerischen Untertanen mehr, sondern Österreicher. Und wer dann gegen die Baiern kämpft, wäre kein Aufständischer sondern ein Freiheitskämpfer. In der Folge wird die Erhebung Tirols ins Rollen gebracht. Es sind viele Gründe zusammengekommen, die den Aufstand der Tiroler gegen die bayerische Herrschaft letztlich auslösen. Keiner allein hätte ausgereicht: weder die Aufhebung der alten Verfassung noch die Überheblichkeit bayerischer Beamter, weder die drückende Steuerlast noch die religionspolitischen Maßnahmen; ja nicht einmal die verhasste Rekrutierung zum bayerischen Militär hätte unter anderen Umständen solche verheerende Folgen gezeigt. Ausschlaggebend war, dass die Tiroler unter Baiern keine Tiroler bleiben durften, sondern zu Südbaiern gemacht wurden.

Februar 1809 – In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die bayerischen Landesherren

Tirol * In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die bayerischen Landesherren. Ungeliebte Maßnahmen der Münchner Regierung und ein vielfach landfremdes



und unkluges Verhalten der bayerischen Beamten provozieren Unmut und Widerstand gerade beim Vierten Stand, den Bauern, kleinen Handwerkern und Tagelöhnern. Durch die Kriegsverhältnisse gelingt es nicht, in Tirol eine gewisse Zufriedenheit mit der bayerischen Präsenz zu erzeugen.

10. April 1809 – Die Nachricht vom Kriegsbeginn verbreitet sich in ganz Tirol

Tirol * Die Nachricht vom Kriegsbeginn und der Vormarsch der österreichischen Truppen verbreitet sich in ganz Tirol wie ein Lauffeuer. Auf Flugzetteln, die selbst in den hintersten Tälern kursieren, wird die Bevölkerung zu den Waffen gerufen. Eine starke bayerische Einheit greift das Dorf Axams zur Strafexpedition an. Die Bayern stoßen dabei auf bewaffneten Widerstand. Es fallen Schüsse, in denen der erste bayerische Soldat stirbt. Erzherzog Karl überschreitet in der Zwischenzeit mit der Hauptmacht der österreichischen Armee den Inn und marschieren in Richtung München.

10. August 1809 – Großer Widerstand der Tiroler an der Lienzer Klause

Tirol * An der Lienzer Klause ist der Widerstand der Tiroler so groß, dass der kommandierende General Rusca nach Kärnten ausweichen muss.

24. Oktober 1809 – Die bayerischen Truppen ziehen in Innsbruck ein

Innsbruck * Die bayerischen Truppen ziehen in Innsbruck ein. Der Bergisel ist nur notdürftig besetzt. Viele der besten Anführer und Kompanien der Tiroler wollen nicht mehr kämpfen. Die Bayern hätten die Tiroler Stellungen einfach überrennen können, doch Kronprinz Ludwig I. will ein unnötiges Blutvergießen vermeiden. Stattdessen soll eine Truppenparade die bayerische Macht demonstrieren und jeden weiteren Widerstand als sinnlos erscheinen lassen.

18. Mai 1814 – Errichtung einer Stahlfabrik am Eisbach in der Hirschau

München-Englischer Garten - Hirschau * Der Hofhammerschmied Lindauer erhält - gegen den erbitterten Widerstand des Hofgartenintendanten Friedrich Ludwig von Sckell - die Erlaubnis zur Errichtung einer Stahlfabrik am Eisbach in der Hirschau.



17. November 1828 – König Ludwig I. vergeht die Lust am Liberalismus

München-Kreuzviertel * Die erste Stände-Versammlungen unter der Leitung von König Ludwig I. findet in der Zeit vom 17. November 1827 bis 18. August 1828 statt. Der bayerische Monarch ist gemeinsam mit seinem Leitenden Minister Georg Friedrich Freiherr von Zentner mit großen Erwartungen an dieses Zusammentreffen herangetreten. Die königlich angeordnete prunkvolle Eröffnung der Stände-Versammlung soll eine neue Ära einleiten. Der Hinweis in Ludwigs Thronrede erweckt liberale Hoffnungen, auch wenn der König betont, dass ihm die Religion das Wichtigste sei. Das Einbringen von 39 Gesetzentwürfen in beide Kammern durch König Ludwig I. schürt die hohen Erwartungen zusätzlich. Doch die Ernüchterung tritt auf beiden Seiten sehr schnell ein. Die Mandatsträger der beiden Kammer wollen sich nicht als bloße Erfüllungsgehilfen königlicher Politik verstanden wissen. Und der autokratische und ungeduldige Monarch zeigt sich enttäuscht von dem vielfältigen parlamentarischen Widerstand, den er nicht nach seinem Willen brechen kann. Deshalb vergeht ihm schlagartig die Lust am Liberalismus und an den Reformen.

Kaum hatte er die politische Verantwortung übernommen, soll sich bei ihm eine lebenslang anhaltende Entfremdung gegenüber der Verfassung einstellen.

1840 – Steigende Bierpreise und wachsender Unmut

Königreich Bayern * Infolge der schleichenden Geldentwertung steigt auch der Bierpreis kontinuierlich an. Eine Mass kostet inzwischen fünf bis sechs Kreuzer, also 20 bis 24 Pfennige. Die Münchner Bevölkerung beklagt die wiederholten Preiserhöhungen schon seit Langem. Zu offenem Widerstand kommt es jedoch erst in den 1840er-Jahren. Die politische Stimmung im Königreich Bayern wird zunehmend unruhig, und das Revolutionsjahr 1848 wirft bereits seine Schatten voraus.

1842 – Franz Xaver Zacherl führt das „Dampfbier“ ein

Vorstadt Au * Franz Xaver Zacherl führt als erster Münchner Brauer das sogenannte „Dampfbier“ ein. Dabei verwendet er den Dampf zum Heizen der Braupfanne und seine Kraft zum Bewegen der Maischmaschine. Das eigentliche Brauverfahren bleibt jedoch unverändert. Heftiger Widerstand gegen den Einsatz von Dampf als Ersatz der Handarbeit kommt von den Bräuknechten, die befürchten, dass die zischenden und fauchenden Ungeheuer ihre Arbeitsplätze vernichten würden. Mit ihrem Protest erreichen sie zunächst die vorläufige Entfernung der Maschinen, was die anderen Brauer mit der Einführung des neuen Brauverfahrens noch warten lässt. Damals singen die Zecher: „Z' Minga braun's mit Dampfkraft



as Bier, D' Kraft deans b'halt'n, an Dampf ham na mia!"

23. April 1844 – Der Münchner Bierkrawall von 1844

München * Nur ein Jahr nach den Ausschreitungen von 1843 erhebt sich die biertrinkende Bevölkerung erneut. Dieses Mal kommt es zu einem schweren Krawall, bei dem Menschen verletzt und zahlreiche Einrichtungen beschädigt werden. Mit dem Beginn des sommerlichen Brauverbots am Georgstag gibt die Obrigkeit den Preis für das Sommerbier bekannt. Da dessen Herstellung aufwendiger ist und das Bier einen höheren Alkoholgehalt besitzt als das Winterbier, liegt auch sein Preis höher. Mit dem Beginn des Sommerbierausschanks steigt der Preis um einen halben Kreuzer beziehungsweise zwei Pfennige. Eine Maß kostet nun sechseinhalb statt sechs Kreuzer - oder 26 statt 24 Pfennige. Die Erhöhung entspricht etwa dem damaligen Preis einer Semmel. Auf den ersten Blick erscheint der Aufschlag moderat, zumal die Verbraucher dafür ein gehaltvolleres Bier erhalten. Dennoch löst er heftigen Widerstand aus. Der Zorn der Aufständischen richtet sich weniger gegen den König und die königliche Regierung, die den Bierpreis festsetzen, als gegen die Brauereien und deren Einrichtungen. In der Bevölkerung gelten die Brauer zunehmend als rücksichtslose Unternehmer, die technische Neuerungen vor allem zur Vergrößerung ihres Gewinns einsetzen. Viele Biertrinker haben den Eindruck, mit jeder Maß zum wachsenden Wohlstand der Brauereibesitzer beizutragen. Diese Wahrnehmung mobilisiert offenbar mehr Menschen als manche politische Forderung oder Ideologie. Klagen über den Bierpreis sind in München weit verbreitet und keineswegs auf die unteren Bevölkerungsschichten beschränkt. Ein zeitgenössischer Beobachter stellt fest, der Fremde werde, „wohin er sich auch fragend wendet“, stets auf Beschwerden über den hohen Bierpreis sowie über den vermeintlich unverhältnismäßigen Gewinn und die „unmäßige Bereicherung der Brauer auf Kosten des Publikums“ stoßen. Solche Klagen seien sogar „in den höheren Schichten der Bevölkerung, in den Gesellschaften der gebildeten Stände“ zu hören.

1. Dezember 1845 – Widerstand gegen die Konfessionspolitik des Innenministers Abel

München-Kreuzviertel * Die Stände-Versammlung wird für den 1. Dezember 1845 einberufen und tagt bis zum 24. Mai 1846. Die feierliche Eröffnung der Zusammenkunft der Volksvertreter findet, wie bereits beim vorhergegangenen Treffen des Jahres 1842, in der Residenz statt. König Ludwig I. sucht das Ständehaus in der Prannerstraße nicht mehr offiziell auf. Neun Abgeordnete werden ausgeschlossen, darunter acht Protestanten. Nun kocht der Widerstand gegen die Konfessionspolitik des Innenministers Karl August von Abel hoch. Die evangelischen Untertanen fühlen sich schon seit längerer Zeit zurückgesetzt und ungerecht behandelt.



April 1847 – Der Widerstand gegen die bayerische Zensurpraxis wird immer größer

München * Der Widerstand gegen die von König Ludwig I. eingeführte bayerische Zensurpraxis wird immer größer.

1. Mai 1848 – Erneuter Bierkrawall nach der Abdankung Ludwigs I.

München * Nur wenige Wochen nach der Abdankung König Ludwigs I. richtet sich der Volkszorn erneut gegen die Münchner Brauer. Der überraschende Erfolg der revolutionären Proteste stärkt das Selbstbewusstsein der Bevölkerung. Ein zeitgenössischer Beobachter stellt fest, „dass das Krawallmachen in die Mode kam und alle Welt sich an den Gedanken bewaffneten Widerstandes gegen die Staatsgewalt gewöhnte“. Der neuerliche Bierkrawall bleibt jedoch deutlich kleiner als die Bierrevolution von 1844. Die Behörden nehmen 24 Aufständische fest, unter ihnen drei mutmaßliche Brandstifter, und sperren sie in den Neuturm.

9. November 1849 – Das bayerische Nationalgefühl des Volkes heben und kräftigen

München * König Max II. beauftragt seinen Innenminister Theodor von Zwehl ein „Gutachten patriotisch gesinnter Männer aus sämtlichen Kreisen des Königreichs und aus den verschiedenen Ständen“ einzuholen und „nichts zu unterlassen, was das Nationalgefühl des Bayern - für Bayern - zu heben und zu festigen vermag“. Mit diesem Programm will er die Monarchie in Bayern sichern. Ihm ist klar, dass fast die Hälfte seines Staatsgebiets und seiner Bevölkerung nicht das Geringste mit Bayern zu tun hatte. Die revolutionären Ereignisse haben gezeigt, dass besonders von Franken, das keinerlei geschichtlichen Bezug zu Bayern hatte, der stärkste Widerstand gegen die Monarchie ausging. Durch die Förderung von Tracht, Brauchtum und Geschichte, durch Geschichtszyklen und dynastische Feste, durch Denkmäler, Nationalhymne und den Ausgleich der Religionen sowie durch gezielte Unterstützung aller konservativen, monarchiefreundlichen Institutionen und Vereinigungen, soll die gesamtbayerische Identitätsstiftung gesteuert werden. All diese Maßnahmen schlagen sich nicht zuletzt auch in Fragen der Architektur nieder. Denn zum Ziel zur Förderung einer bayerisch-monarchischen Gesinnung zählen auch die Bemühungen des Bayernregenten um einen neuen Baustil, bei dem programmatisch gotische und bäuerliche Architekturformen, also letztlich deutsche und bayerische Elemente verschmolzen werden sollen. Darüber hinaus verfolgt Max II. mit einem neuen, in Bayern erfundenen Baustil außenpolitische Ziele. Er will damit für Bayern eine Vorrangstellung unter den deutschen Mittelstaaten erreichen und so das Land als dritte Kraft zwischen Preußen und Österreich etablieren und zumindest in der Architektur und im



Städtebau eine führende Rolle einnehmen. Daneben hätte er mit der Erfindung eines neuen Baustils auch seinen Vater, den dominierenden Kunstkönig, in dessen ureigenstem Gebiet übertroffen.

1. Mai 1850 – J. Schweiger erhält eine Konzession für ein Theater in der Vorstadt Au

Vorstadt Au * Mit der Unterstützung Auer Bürger erhält Johann Schweiger - trotz des Widerstand der Hoftheaterintendanz - die Konzession für ein eigenes Theater in der Vorstadt Au. Es befindet sich im Garten der Wirtschaft Kaisergarten in der Lilienstraße 2. Jetzt haben die Münchner die Qual der Wahl. Und schon bald heißt es: „Heut‘ geh‘ ich zum Schani, morgen zum Maxi“.

1852 – Die schwierige Verwirklichung der Isaranlagen

München * Bürgermeister Dr. Jacob Bauer schreibt, dass die Verwirklichung der Isaranlagen oftmals nur gegen den Widerstand einiger Ratsmitglieder zu erreichen ist: „Es gibt Leute, welche keinen Baum sehen können und in deren Bepflanzung eine Geldverschwendung erkennen; nur solche Bäume, an denen statt Blätter Banknoten wachsen würden, wären für ihren Geschmack“.

11. Oktober 1865 – Es kommt zum Zerwürfnis zwischen Wagner und Pfistermeister

München * Nachdem bei Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister die Ausführungsanordnung König Ludwigs II. für Richard Wagners „Was ist deutsch?“ auf Widerstand stößt, kommt es zum Zerwürfnis der Beiden.

7. März 1868 – Gegen den Bau eines Wagner-Festspielhauses in München

München * Das Festspielhaus-Projekt scheitert am Geldmangel und schließlich sogar am Widerstand Richard Wagners, der drei seiner Opern - durch Protektion Ludwigs - in München uraufführen konnte. Cosima von Bülow, Wagners Sekretärin und Mutter zweier gemeinsamer Kinder, redet Ludwig II. den Plan zum Bau eines Wagner-Festspielhauses in München aus. Dieses Bauvorhaben ist das erste und zugleich das letzte, bei dem der König in der Bestimmung an das Volk denkt. Bayerns Märchenkönig lässt schließlich überhaupt keinen öffentlichen Bau mehr errichten und zieht sich zurück. Ludwigs Schlösser waren niemals für die Öffentlichkeit



bestimmt.

1869 – Erster Anlauf zur Aktienbrauerei

München-Graggenau * Es entstehen Pläne, den Zengerbräu in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Das neue Unternehmen soll den Namen „Erste Münchner Actienbrauerei“ tragen. Ein gedruckter Prospekt liegt bereits vor, doch das Vorhaben kommt nicht zustande. Zunächst stößt der Plan auf den Widerstand von Franz Xaver Hierl, offenbar weil er nicht in die Vorbereitungen einbezogen ist. Schon bald einigen sich die Beteiligten jedoch: Hierl erklärt sich bereit, die Brauerei in der Burgstraße 16 sowie die Brauerei in Eichenried in die geplante Aktiengesellschaft einzubringen. Trotzdem wird das Projekt nicht verwirklicht – vermutlich finden sich nicht genügend Kapitalgeber. Die geschäftstüchtige Walburga Hierl verfolgte die Pläne für die Umwandlung ihrer Zengerbrauerei in eine Aktiengesellschaft weiter.

16. August 1870 – Die Einnahme der Festung Toul scheitert

Toul * Die Einnahme der Festung Toul durch scheitert am Widerstand der Besatzung.

25. Juli 1874 – Bereits 43 Wirte senken den Bierpreis

München * Trotz des Widerstands der Brauer weitete sich der Bierboykott aus. Einer zeitgenössischen Meldung zufolge zwingt die Protestbewegung inzwischen 24 Wirte zum Einlenken. Insgesamt schenken bereits 43 Gaststätten den Liter Bier wieder für acht Kreuzer aus. Beim Streikkomitee gehen fortlaufend weitere Beitrittserklärungen ein: „Der Bierstrike der Arbeiter hat bis heute 24 Wirthe zur Kapitulation genöthigt. Die Gesamtzahl der Wirte, die das Bier zu 8 kr. geben, beträgt bereits 43. Fast stündlich kommen neue Anmeldungen beim Strike-Comite.“ Der Bericht greift anschließend Gabriel Sedlmayr und eine Aktienbrauerei mit scharfer Polemik und einer antisemitischen Beschimpfung an. Diese Wortwahl verdeutlicht, wie sehr die Auseinandersetzung um den Bierpreis inzwischen von persönlichen Angriffen und antisemitischer Agitation überlagert wird.

1891 – Der Reichstag bewilligt finanzielle Mittel für Strafaktionen

Kamerun * Um den Widerstand der in Kamerun lebenden Völker zu brechen, bewilligt der



Reichstag finanzielle Mittel zum Aufbau einer bewaffneten Streitmacht, die die Interessen der deutschen Handelsgesellschaften durchsetzen sollen. Die Polizeitruppe für Kamerun wird vom Premierleutnant Hans Dominik geleitet. Er erhält mit seinen Kriegszügen und den nachfolgenden Straf- und Säuberungsaktionen den Namenszusatz „Schrecken von Kamerun“. Dominiks Grundsatz lautet: „Die Neger müssen wissen, dass ich der Herr bin und der Stärkere; so lange sie das nicht glauben, müssen sie es eben fühlen, und zwar hart und unerbittlich, so dass ihnen für alle Zeiten das Auflehnen vergeht; ist das erreicht, dann kann man sie mit großer Freundlichkeit und Milde behandeln.“

19. August 1895 – Widerstand gegen den Abriss der alten Haidhauser Johann-Baptist-Kirche

München-Haidhausen * Gegen den Abriss der alten Haidhauser Sankt-Johann-Baptist-Kirche formiert sich der Widerstand. Dieser führt dazu, dass sich das Generalkonservatorium der Kunstdenkmäler und Altertümer Bayerns für die Erhaltung der Kirche aus „historischen und ästhetischen Gründen“ ausspricht. Damit wird das Gebetshaus renoviert und bleibt erhalten.

1897 – Die bayerischen Juden lehnen die Zionistische Bewegung ab

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München wehrt sich massiv gegen die Zionistische Bewegung von Theodor Herzl, der in der bayerischen Haupt- und Residenzstadt den ersten Zionisten-Kongress abhalten will. Herzl hat sich für München als Veranstaltungsort entschieden, weil „diese Stadt als gastfreundlich gilt und ein geeigneter Verkehrsmittelpunkt“ ist. Der zionistische Gedanke, der auf die Verwirklichung einer jüdischen Nation mit einem eigenen Staat Palästina hinzielt, wird von den bayerischen Juden abgelehnt. Sie fühlen sich als deutsche Staatsbürger und sehen durch das zionistische Gedankengut ihre Bemühungen um Integration gefährdet. Sie wollen alles unterlassen, was den antisemitischen Parolen von der „fremden jüdischen Rasse“ und „dass die Juden Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Vaterlande nicht besitzen“ neue Argumente liefern könnte. Der Widerstand der Münchner Juden bewirkt, dass der erste Zionisten-Kongress in Basel stattfinden muss.

1897 – Widerstand gegen den ersten Zionistenkongress in München

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München lehnt die von Theodor Herzl initiierte zionistische Bewegung entschieden ab. Herzl plant, den ersten Zionistenkongress in München



abzuhalten, da die Stadt als gastfreundlich gilt und über günstige Verkehrsverbindungen verfügt. Der Zionismus, der die Gründung einer jüdischen Heimstätte in Palästina anstrebt, stößt bei vielen bayerischen Juden auf Ablehnung. Sie verstehen sich als deutsche Staatsbürger und befürchten, dass zionistische Bestrebungen ihre gesellschaftliche Integration gefährden könnten. Zudem wollen sie vermeiden, antisemitischen Vorurteilen Vorschub zu leisten, die Juden mangelnde Verbundenheit mit ihrem Vaterland unterstellen. Der Widerstand der Münchner Juden führt schließlich dazu, dass der erste Zionistenkongress 1897 nicht in München, sondern in Basel stattfindet. Das Ereignis verdeutlicht das starke Selbstverständnis weiter Teile des bayerischen Judentums als integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft.

12. August 1904 – 25.000 bis 30.000 Herero gelingt die Flucht in die Wüste Omaheke

Deutsch-Südwestafrika - Waterberg * Gerade einen Tag können die Herero den technisch weit überlegenen deutschen Truppen Widerstand entgegen setzen. Den Herero gelingt an der schwächsten Stelle der Umzingelung der Durchbruch durch die deutschen Linien. Etwa 25.000 bis 30.000 können in Richtung der Wüste Omaheke fliehen. Die Fliehenden versuchen zunächst die wasserlose Wüste zu umgehen.

25. Oktober 1905 – Hendrik Witbooi, der Anführer der Nama, stirbt

Deutsch-Südwestafrika * Der charismatische Anführer der Nama, Hendrik Witbooi, stirbt an den Folgen einer Schussverletzung. Das tut aber dem Widerstand der Nama keinen Abbruch. Vereinzelte Überfälle und Gefechte ziehen sich bis zum Jahr 1908 hin.

29. September 1913 – Rosa Luxemburg ruft zum Widerstand gegen den Militärdienst auf

Frankfurt am Main-Bockenheim * Rosa Luxemburg ruft in Anbetracht der Kolonialpolitik und des Militarismus des Deutschen Kaiserreichs zum Widerstand gegen den Militärdienst auf. Sie wird vors Gericht gezerrt und am 14. April 1914 wegen Aufforderung zur Ungehorsamkeit gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

14. April 1914 – Rosa Luxemburg wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

Frankfurt am Main * Rosa Luxemburg steht wegen Aufforderung zur Ungehorsamkeit gegen

9. August 1914 – Die Invasion Belgiens verläuft nicht nach Plan

13. August 1914 – Generalstabs-Chef Helmuth von Moltke beschuldigt belgische Zivilisten

23. August 1916 – Karl Lieb knecht zu über vier Jahren Zuchthaus verurteilt

Berlin * Das Urteil gegen Karl Lieb knecht lautet in der zweiten Instanz: „Der Angeklagte wird wegen versuchten Kriege verrat in Tateinheit mit erschwerten Ungehorsam im Felde sowie wegen



Widerstand gegen die Staatsgewalt mit vier Jahren und einem Monat Zuchthaus bestraft. Zugleich wird auf Entfernung aus dem Heere, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren [...] erkannt.“ Hugo Haase, der bis März 1916 immerhin SPD-Vorsitzender ist, setzt sich vergeblich für Liebkechts Freilassung ein.

25. März 1918 – Der Kriegsminister und der Umgang mit den Sozis

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath formuliert in einem internen Schreiben seine Meinung, welche Taktik gegenüber den beiden sozialdemokratischen Parteien einzuschlagen ist:

„Nach den seitherigen Erfahrungen bildet die unabhängige Sozialdemokratie eine schwere Gefahr für den Fortbestand des Reiches. Ihren Bestrebungen muß auf jedem möglichen Wege entgegengetreten werden. Da sie ihren Zuwachs vornehmlich aus den Reihen der rechtsstehenden Sozialdemokratie erhält, liegt die wirksamste Abwehr gegen ihre weitere Ausbreitung in Maßnahmen, durch welche die sozialdemokratische Mehrheitspartei die Flucht ihrer bisherigen Anhänger in das Lager der Unabhängigen zu verhindern sucht. In dieser Beziehung erblicke ich ein wirksames Mittel in der Versammlungstätigkeit der alten sozialdemokratischen Partei. Durch mündliche Aufklärung vermag sie am ehesten ihre Mitglieder sich zu erhalten und gegen die unterirdische Wühlarbeit der Radikalsozialisten widerstandsfähig zu machen. Das Bestreben der militärischen Zensurstellen wird daher dahin gehen müssen, den Veranstaltungen der Mehrheitssozialisten so wenig wie möglich Schwierigkeiten zu bereiten.

Gelegentliche Entgleisungen in den Versammlungen werden in der Regel weit weniger nachteilige Folgen haben als verbitternd wirkende Verbote und Anordnungen“.

17. Juni 1918 – Interner Widerstand gegen die MSPD-Reichstagspolitik

Bayreuth * Der Gautag der nordbayerischen MSPD zeigt, wie sehr die dortigen Organisationen den bisherigen Kurs des Parteivorstandes kritisch oder gar direkt ablehnend bewerten. Erhard Auer stößt mit seiner Taktik der nahezu bedingungslosen Unterstützung der Regierung ohne erkennbare Gegenleistung in seiner eigenen Partei auf zunehmenden Widerstand. In der verabschiedeten Resolution zur politischen Lage heißt es: „Wir verlangen daher, dass die Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit dem Willen der Wählerschaft und mit den Forderungen unseres Programms zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes nunmehr von der bloßen Kritik dazu übergeht, von den schärfsten parlamentarischen Machtmitteln Gebrauch zu machen und durch ihre Abstimmungen die Mitverantwortung für die Politik der Reaktion und des Landraubes abzulehnen.“



15. September 1918 – Die Alliierten durchbrechen die Mazedonienfront

Saloniki * In den Bergen in der Grenzregion Griechenlands und Mazedoniens beginnt am Morgen die lange vorbereitete Entscheidungsoffensive der alliierten Orientarmee. Der Widerstand der bulgarischen Armee bricht nach einem Durchbruch der Alliierten an der Salonikifront komplett zusammen.

24. Oktober 1918 – Hindenburg fordert die Armee zum äußersten Widerstand auf

Spa * Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Erich Ludendorff erlassen ohne Rücksprache mit dem Reichskanzler einen Heeresbefehl, in dem sie die Forderungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober 1918 als unannehmbar bezeichnen und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen fordern. „Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, dass der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand zu mit äußersten Kräften fortzusetzen.“ Die totale Niederlage vor Augen, vollzieht die militärische Führung nochmal eine Kehrtwende und flüchtet sich in die Wahnvorstellung eines immer noch möglichen Widerstandes, der einen ehrenvollen Frieden erzwingen soll. Das taktisch ungeschickte, aber wohl so beabsichtigte Vorgehen der Obersten Heeresleitung - OHL raubt der deutschen Regierung auch noch den allerletzten Verhandlungsspielraum.

4. November 1918 – Bewaffnete Matrosen befreien ihre Kameraden

Kiel * Bewaffnete Matrosen besetzen, unter dem Kommando der Soldatenräte, ohne Widerstand die Militärgefängnisse und befreien ihre Kameraden. Andere besetzen öffentliche Gebäude wie den Bahnhof und das Telegraphenamt.

9. November 1918 – Schwieriger Machtwechsel in Würzburg

Würzburg * In Würzburg sind der Generalkommandeur Ludwig von Gebsattel und der Regierungspräsident von Unterfranken, Julius von Henle, zum Widerstand bereit. Sie schrecken auch nicht vor der Anwendung von Gewalt zurück. Der Intervention des Oberbürgermeisters Andreas Grieser, ein liberaler Zentrumsmann, verhindert Schlimmeres. Gebsattel gibt nach und



lässt die zuvor in den Kasernen eingesperrten Soldaten frei.

10. November 1918 – Herzog Bernhard III. von Sachsen-Meiningen verzichtet auf den Thron

Meiningen * Herzog Bernhard III. von Sachsen-Meiningen verzichtet infolge des Druckes der Novemberrevolution auf den Thron. Sein Sohn, Prinz Ernst, verweigert sich zunächst noch. Er wird erst am 12. November seinen Verzicht erklären.

18. November 1918 – Aufruf zum Inneren Widerstand gegen die neue Staatsform

München-Kreuzviertel * Michael von Faulhaber schreibt an den bayerischen Episkopat, womit die Gesamtheit der bayerischen Bischöfe gemeint ist, die Anregung für einen gemeinsamen Hirtenbrief. In dem Schreiben gibt er zu bedenken, „daß ein gemeinsames Hirtenschreiben in dieser Stunde unserem Volk die Dankesschuld gegen das Haus Wittelsbach und König Ludwig III. in offener Sprache ohne Entschuldigung bei der neuen Regierung kundgeben [...] müßte. [...] Der gestrige Thronverzicht war ein unverantwortlicher Mißgriff der alten Regierung.“ Ohne dies klar zu äußern, fordert der Münchner Bischof seinen Klerus zum Inneren Widerstand gegen die neue Staatsform auf. Und als ihm immer klarer wird, dass er mit seinen Überzeugungen nicht die allgemeine Meinung vertritt, verlegt er sich zum offenen Kampf mit der Regierung des Freistaats Bayern, ohne seine eigenen ultrakonservativen Anschauungen infrage zu stellen.

23. November 1918 – Verhaltensmaßregelungen des Münchner Erzbischofs

München-Kreuzviertel * In einem von Erzbischof Michael von Faulhaber verfassten Grundsatzpapier fordert er seinen Klerus auf, jede positive Anerkennung der neuen Regierung in Bayern und jeden direkten Kontakt mit dem neuen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Johannes Hoffmann, zu vermeiden. „Der geistliche Stand kann und darf nicht daran denken, der tatsächlich bestehenden öffentlichen Gewalt gewalttätigen Widerstand entgegenzusetzen. Den öffentlichen Dank und den Abschiedsgruß an das Jahrhundertelang mit dem Bayernvolk verwurzelte Haus Wittelsbach und an die ehrwürdige Gestalt des Königs Ludwig III. müssen wir einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.“

30. November 1918 – Die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten wird gegründet



München * Der Kreis um Erich Mühsam gründet die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten - VRI. Sein Ziel ist, die Revolution siegreich zu Ende zu führen - auch gegen den Widerstand des zu wählenden Parlaments. Erich Mühsam lehnt zudem die stark zentralistisch geprägten Positionen des am 11. November 1918 in Berlin ins Leben gerufenen Spartakusbundes strikt ab. Dennoch gehören viele VRI-Mitglieder zur später gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD. In einem Flugblatt fassen sie ihre Ziele zusammen: „Revolutionäre, internationalistisch gesinnte, kommunistische Arbeiter und Soldaten! Männer und Frauen! Nicht alle Volksgenossen sind mit dem bisherigen Verlauf der Revolution einverstanden. [...] Wir verlangen die Verwirklichung des Sozialismus als Krönung der gegenwärtigen Volksbewegung. [...] Wir blicken nicht auf den Weg, sondern aufs Ziel. Das Mittel der Revolution heißt Revolution. Das ist nicht Mord und Totschlag, sondern Aufbau und Verwirklichung“. Geschäftsstelle ihrer neuen Vereinigung wird das Wirtshaus Braunauer Hof in der Frauenstraße. Erich Mühsam bezeichnet die Stunden hier als die „eigentlich beste Zeit der Revolution“.

10. Dezember 1918 – Der Putsch der OHL wird vertagt

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL schreckt vor einer militärischen Besetzung Berlins - ohne die Zustimmung oder gar gegen den Widerstand des Reichskanzlers Friedrich Ebert - in letzter Minute zurück. Der Putsch wird vertagt.

20. Dezember 1918 – Mit Hirtenbriefen gegen Regierungserlasse

Berlin * Die Erzbischöfe und Bischöfe Preußens bezeichnen in einem Hirtenbrief den Erlass des preußischen Kultusministeriums zur Religionsausübung in den Schulen vom 29. November 1918 als „frevelhaftes Unrecht“ und fordern zum Widerstand auf.

8. Januar 1919 – Die Volksbeauftragten fordern zum Widerstand auf

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten fordert die Bevölkerung auf zum Widerstand gegen die Aufständischen und deren beabsichtigte Regierungsübernahme. In einem Flugblatt mit dem Titel: „Die Stunde der Abrechnung naht!“ wird den Aufständischen mit physischer Vernichtung gedroht.



München man dort anfängt, sich an die Räteregierung zu gewöhnen. Wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche Sie in Aussicht genommen haben, nicht in kürzester Zeit zum Ziel führen, erscheint mir als einzige Lösung militärisches Vorgehen. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist, hat uns die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.“ Damit ist das Schicksal der bayerischen Revolution besiegelt. Eine Niederschlagung nach dem Beispiel des Spartakus-Aufstandes in Berlin ist naheliegend. Unter dem Druck aus Berlin gibt Bayerns Ministerpräsident Hoffmann nach. Nun wird auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie das auf Reichsebene bereits erprobte: Der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden. Militärminister Ernst Schneppenhorst wird beauftragt, bayerische Freiwilligenverbände aufzustellen. Ministerpräsident Hoffmann bittet Berlin telefonisch um Verstärkungen. Die Reichstruppen dürfen in Bayern einmarschieren. Auch das von dem bayerischen Oberst Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf gebildete Freikorps wird gegen München in Marsch gesetzt. Während aus dem Westen württembergische Truppen anrücken, sammeln sich im Süden die Freikorps. Rund 30.000 Mann sind im Anmarsch, als sich der Ring um München schließt. Für die Rote Armee wird der Kampf gegen die an Zahl, Ausrüstung und Professionalität überlegenen Weißen nicht mehr zu gewinnen sein.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch scheint geglückt

München * Um 9 Uhr treffen sich Vertreter der gemäßigten Parteien beim Kommandanten der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, zu einer Lagebesprechung. Sie wenden sich gegen dessen Forderung nach Standrecht und Militärdiktatur. Am Vormittag des Palmsonntags scheint der Handstreich geglückt. Doch während in der ganzen Stadt die Absetzung des Revolutionären Zentralrats und die Rückkehr der Regierung plakatiert wird, rufen die Anhänger der Räterepublik zum Widerstand auf. Erste Schüsse fallen.

13. April 1919 – Die Verstärkung der Thule-Gesellschaft bleibt aus

München * Die von der Thule-Gesellschaft angebotenen „mehrere hundert Mann“ Unterstützung reduzieren sich auf insgesamt zehn Personen. So aber hat die Republikanische Schutztruppe keine Chance gegen die anstürmenden Räterepublikaner, besonders als die KPD am Nachmittag ihre Anhänger zum Widerstand aufruft.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann arbeitet mit Rechtsextremisten zusammen



Bamberg * Die Regierung Hoffmann setzt auf das neu eingerichtete Propagandaministerium und die Zusammenarbeit mit bekennenden Rechtsextremisten. Im Regierungsorgan Freistaat werden die Räteanhänger aufs übelste diffamiert und als „ausländische Juden“, „land- und rassenfremde Elemente“ sowie als „Terroristen“ diffamiert. Ernst Toller gibt daraufhin im Auftrag des Zentralrats ein Flugblatt an die Bürger der Räterepublik heraus. In diesem macht er auf die antisemitischen Hintergründe aufmerksam und fordert die Bevölkerung zum Widerstand dagegen auf.

23. April 1919 – Reichswehrminister Gustav Noske ordnet den Angriff auf München an

Weimar * Reichswehrminister Gustav Noske [SPD] ordnet den Angriff Münchens durch zwei große militärische Einheiten an und übernimmt für die Aktion selbst die Oberleitung. Die an der bayerischen Nordgrenze stehenden Preußischen Hilfstruppen unter Generalleutnant Ernst von Oven und die Württembergischen Einheiten sowie die noch zu sammelnden bayerischen Verbände und das Bayerische Schützenkorps bei Augsburg-Ulm. Noske gibt dazu militärisch präzise Anweisungen: „Das Operationsziel ist München. In München ist die Gewalt der gesetzmäßigen bayerischen Regierung wiederherzustellen. [...] Sobald München besetzt und der Widerstand in München erloschen ist, übernimmt der bayerische Generalmajor [Arnold Ritter] von Möhl den Befehl in München“. Die Gesamtstärke der gegen die Räteregierung eingesetzten, voll ausgerüsteten Streitkräfte beträgt annähernd 35.000 Mann. Der Oberbefehl wird dem preußischen Generalleutnant Ernst von Oven übertragen.

30. April 1919 – Eine durch nichts zu rechtfertigende Mordaktion

München-Isarvorstadt * Fakt ist, die Mordaktion im Luitpold-Gymnasium ist durch nichts zu rechtfertigen. Fakt ist aber auch, dass sie die einzige ist, die in diesen Tagen von Anhängern der Räterepublik verübt wird. Dennoch ist der „Geiselmord im Luitpold-Gymnasium“ bis heute fester Bestandteil jeder Erzählung über die Münchner Räterepublik. Der Begriff „Geiselmord“ für die Bluttat im Luitpold-Gymnasium ist irreführend, da es sich bei den Opfern um Gefangene handelt. Die Thule-Leute hatten im Hotel Vier Jahreszeiten eine Widerstandszelle eingerichtet. Dort wurden Ausweise der Räterepublik gefälscht, mit denen Freiwillige München verlassen konnten, um sich den Regierungstruppen anzuschließen. Wer sich aber unter den Bedingungen eines Bürgerkrieges auf derartige Aktivitäten einlässt, muss wissen, dass er mit seinem Leben spielt. In der Geschichtsschreibung herrscht die Auffassung, dass der sogenannte „Geiselmord von München“ die Welle der blutigen Racheaktionen bei den Regierungstruppen ausgelöst hat. Eine andere These besagt, dass die routinemäßige Tötung von Zivilisten und die für ihre Hinrichtung



angegebenen Gründe schon zuvor zum Repertoire der Regierungstruppen gehörte.

30. April 1919 – Zerfall der Räteregierung und der Roten Armee

München * In München werden keine Verteidigungsanlagen installiert. Dieser Tag bringt vielmehr der Zerfall der Räteregierung und der Roten Armee. Bei etwas gutem Willen der leitenden Offiziere der heranrückenden Truppen wäre eine geordnete Übergabe oder Rückgabe der Macht möglich gewesen. Doch sie haben kein Interesse an einer friedlichen Verständigung. Durch ihre kompromisslose Haltung fördern sie nur den Widerstandswillen der Fanatiker.

30. April 1919 – Flugblätter über München: „Kopf hoch und Mut! Hilfe naht“

München * Über München kreisende Flugzeuge werfen Flugblätter mit Durchhalteparolen ab: „[...] Kopf hoch und Mut! Hilfe naht, die Euch vom russischen Terror und Schrecken des Bolschewismus befreien wird“. Ein anderes Flugblatt informiert darüber, dass München von bayerischen Truppen umstellt ist und fordert die Bevölkerung auf: „Hört die Stimme der Vernunft! Lasst ab vom bewaffneten Widerstand. Meidet die Straßen und Plätze, damit das Blut Unschuldiger nicht vergossen wird. Die Truppen der Regierung brechen schonungslos jeden bewaffneten Widerstand, um der Not Aller ein Ende zu machen. Lebensmittel, Kohlen, Rohstoffe stehen zur Einfuhr nach München bereit.“ gez. Hoffmann, Ministerpräsident

30. April 1919 – Der neue Aktionsausschuss will die Waffen niederlegen

München - Bamberg * Der neue Aktionsausschuss wendet sich an Ministerpräsident Johannes Hoffmann und erklärt sich bereit, die Waffen niederzulegen. Voraussetzung ist, dass die Weißen Truppen die Stadt nicht betreten werden. Ministerpräsident Hoffmann lehnt das Ansinnen mit den Worten ab: „Bedingung ist unannehmbar. Legt die Waffen nieder, jeder Widerstand ist nutzlos.“

1. Mai 1919 – Erbitterte Kämpfe in Obergiesing

München-Giesing * Als die Weißen Truppen auf der Tegernseer-Landstraße gegen die rote Hochburg Giesing vorrücken, postiert die Rote Armee auf dem für sie strategisch günstig



gelegenen, 95 Meter hohen Kirchturm der neugotischen Heilig-Kreuz-Kirche ihre Maschinengewehre. Am Giesinger Berg werden die Regierungssoldaten mit MG-Feuer und Handgranaten empfangen. Es folgen erbitterte Straßenschlachten, besonders an der Martin-Luther- und Ichostraße. Eine spezielle Kampfart der Giesinger Roten Armee, durch das Kanalisationssystem hinter die Linien der Feinde zu gelangen, dort aus den Kanaldeckeln herauszuschießen und sofort wieder zu verschwinden, führt dazu, dass es trotz der Überlegenheit der Weißen und des Einsatzes eines Panzerzuges bei der Pilgersheimer Eisenbahnbrücke Tage dauert, bis der Widerstand gebrochen ist. In den Augen der Konterrevolutionäre die „Schmach von Giesing“.

1. Mai 1919 – Kämpfe: Der Stachus-Kiosk brennt lichterloh

München * Am Nachmittag dringen eigenmächtig operierende Freikorps von der Residenz aus bis zum Lenbachplatz vor. Die Marine-Brigade Ehrhardt erreicht - von Schleißheim kommend - gegen Mittag Schwabing und beteiligt sich später an den Kämpfen am Stachus. Auch aus Regensburg stammende Soldaten sowie Angehörige des Freikorps Grafing und die Batterie Zenetti sind an diesen Kämpfen beteiligt. Dort entfacht sich ein mehrstündiges Gefecht. Die Rotarmisten leisten erbitterten Widerstand und verteidigen den Stachus mit Gewehrfeuer. Ein Zeitzeugenbericht schildert die weiteren Ereignisse: „Mittlerweile hatten die Regierungstruppen bei der Anlage an der Deutschen Bank ein Geschütz in Stellung gebracht und eine Brandbombe in den Kiosk gesetzt, der bald lichterloh aufflammte und die Roten Gardisten zwang, ihren verzweifelten Widerstand aufzugeben und sich gegen die protestantische Kirche und das Kaufhaus Horn zurückzuziehen. Bald war der Karlsplatz zum wütendsten Kampfplatz geworden. [...] Gegen Abend bekamen die Regierungstruppen Verstärkungen von der Herzog-Wilhelm-Straße und dem Sendlingertor-Platz her. Die Rotgardisten wurden über den Karlsplatz in den Justizpalast und gegen die Elisenstraße geworfen, von wo aus sie heftigen Widerstand leisteten. Das an der Deutschen Bank postiert gewesene Geschütz wurde infolgedessen bis zum Wittelsbacher-Brunnen zurückgezogen und beschoss in den Nachmittagsstunden den Justizpalast, der an der gegen den Stachus gerichteten Seite zwei Treffer im dritten Stock erhielt. [...] Viele Spartakisten flüchteten in den Mathäser“. Doch es gibt auch Gegenwehr von anderer Seite, die die Weißen Truppen letztlich zum Abziehen zwingen. Dazu zählen auch die Teilnehmer der Maikundgebung auf der Theresienwiese, die dort „waffenlos demonstriert“ haben und sich nun auf dem Nachhauseweg befinden.

2. Mai 1919 – Die Weißen Truppen ziehen in die Stadt ein



München * Das Gros der Weißen Truppen zieht in die Stadt ein. In einigen Stadtteilen kommt es noch zu Einzelkämpfen. Am Abend ist die Stadt in der Hand der Regierungstruppen. Verbliebene Widerstandsnester werden in den folgenden Tagen ausgehoben.

2. Mai 1919 – Die Maschinengewehrfabrik Sedlbauer in Obergiesing wird beschossen

München-Giesing * Giesinger Rotarmisten verschanzen sich in der Maschinengewehrfabrik Sedlbauer in Obergiesing und versuchen, den vom Osten anrückenden Truppen - darunter das Bayerische Schützenkorps - Widerstand entgegensetzen. Sie werden durch intensivem Artilleriebeschuss aus dem während des Weltkriegs errichteten Betonbau vertrieben.

4. Mai 1919 – Kolbermoor ergibt sich widerstandslos

Kolbermoor * Widerstandslos ergibt sich das rote Kolbermoor den Weißen Truppen. In der Gemeinde hängen Plakate, die zur kampflosen Übergabe aufrufen. Waffen und Munition stehen zur Ablieferung bereit.

1921 – Pater Rupert Mayer tritt im Bürgerbräukeller ans Rednerpult

München-Haidhausen * Pater Rupert Mayer tritt bei einer NS-Veranstaltung im Bürgerbräukeller ans Rednerpult, um den Anwesenden seine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus darzulegen.

27. August 1922 – Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet

München - München-Maxvorstadt * Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet. Für die anreisenden Zehntausenden von Gläubigen wird ein großer Festgottesdienst auf dem Königsplatz abgehalten, bei dem sich die katholische Kirche mit eindrucksvollem Gepränge darstellt. Die Straßen der Stadt sind mit Fahnen geschmückt, nur das Schwarz-Rot-Gold der Weimarer Republik ist demonstrativ vergessen worden. Kardinal Michael von Faulhaber enthält sich bei dieser zur politischen Kundgebung umgestalteten Veranstaltung weder politischer noch demokratiefeindlicher Äußerungen und ruft in seiner Ansprache zum Kampf der Kirche gegen den Staat auf: „Wehe dem Staat, der seine Rechtsordnung und Gesetzgebung nicht auf den Boden der Gebote Gottes stellt, der eine



Verfassung schafft ohne den Namen Gottes, der die Rechte der Eltern in seinem Schulgesetz nicht kennt, der die Theaterseuche und die Kinoseuche nicht fernhält von seinem Volk, der Gesetze gibt, die die Ehescheidung erleichtern, die die uneheliche Mutterschaft in Schutz nehmen“. Diesem Satz folgt ein - von den dicht gedrängten Besuchern stürmisch bejubelter - rhetorischer Tiefschlag gegen die Republik und ihrer Gründer: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet“. Diese Worte wirken, wie Faulhaber später einmal recht zufrieden feststellt, wie eine Bombe. Der Kardinal versagt sich damit wieder einmal - mit seiner ganzen Autorität und in der Öffentlichkeit - der Weimarer Republik und bereitet damit - ohne das möglicherweise direkt zu beabsichtigen - Adolf Hitler den Weg. Schon damals stellt die sozialdemokratische Münchener Post unter der Überschrift „Wohin des Wegs, Herr Kardinal?“ fest: „Seine Ansichten sind ein Beweis für den Machthunger der römischen Kirche und ihres Klerus, die nicht mit dem Staat in Frieden und Verträglichkeit zusammenleben, sondern ihn um jeden Preis beherrschen wollen.“ Die in Anwesenheit der Spitzen von Kirche, Staat und Gesellschaft gemachten Aussagen des Kardinals führen allerdings auch zu einem „weltweit hallenden Eklat“ und veranlasst die - konservative - Reichsregierung, sich bei Papst Pius XI. zu beschweren. Damit, dass sich ein Widerstand derjenigen Katholiken formiert, die im neuen Staat ehrlich mitarbeiten wollen, hat Faulhaber nicht gerechnet.

13. Januar 1923 – Mit passivem Widerstand gegen die Besatzer

Berlin * Reichskanzler Wilhelm Cuno verkündet den „passiven Widerstand“ gegen die Besatzer des Ruhrgebiets und verweigert jegliche Zusammenarbeit. In der Folge wird die Inflation immer weiter angeheizt.

26. September 1923 – Abbruch des passiven Widerstands im Ruhrgebiet

Berlin * Reichskanzler Gustav Stresemann gibt den Abbruch des „passiven Widerstands“ im Ruhrgebiet und die Wiederaufnahme der Reparationslieferungen bekannt.

9. September 1930 – Brandbrief an Kardinal Faulhaber und die Bischofskonferenz

München * Pater Rupert Mayer schreibt einen Brief an Kardinal Michael Faulhaber und die Bischofskonferenz, in dem sich der Jesuit wie folgt äußert: „Die völkischen Hetzereien können wir uns nicht groß genug vorstellen. So herrscht in unserem katholischen Volk eine beispiellose



Verwirrung. Unbegreiflich, aber wahr ist es, daß der Hitlerschwindel wieder die weitesten, auch katholischen Volkskreise erfasst hat“.

15. Dezember 1932 – Die Zeitschrift „Der gerade Weg“ erscheint zweimal wöchentlich

München * Die Zeitschrift „Der gerade Weg“ erscheint zweimal wöchentlich.

9. März 1933 – Dr. Fritz Gerlich wird noch am Tag der Machtübernahme verhaftet

München-Maxvorstadt * Dr. Fritz Gerlich wird noch am Tag der Machtübernahme verhaftet. Obwohl er keinen Widerstand leistet, verprügeln ihn die Nazi-Schläger und bringen ihn ins Polizeipräsidium an der Ettstraße, wo er in Einzelhaft sitzt und gefoltert wird.

8. Juni 1933 – Toni Pfülf begeht in ihrer Wohnung Selbstmord

München-Maxvorstadt * Toni Pfülf begeht in ihrer Wohnung im Gartenhaus der Kaulbachstraße 12 Selbstmord. Nach den Reichstagswahlen im März 1933 wurden viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Schutzhaft genommen. Auch Toni Pfülf war vorübergehend wegen „Aufforderung der Arbeiterschaft zum Widerstand gegen das NS-Regimes“ verhaftet worden.

15. November 1934 – Attentat auf Pater Rupert Mayer in Pasing verfehlt sein Ziel

Vorstadt Pasing * Während der Predigt in der Pasinger Kirche Maria Schutz wird auf Pater Rupert Mayer ein Attentat verübt, das jedoch sein Ziel verfehlt.

8. Mai 1936 – Pater Rupert Mayer wird vom Staatsanwalt verwarnt

München * Pater Rupert Mayer wird wegen seiner Predigten vom Staatsanwalt verwarnt.

Januar 1937 – Pater Rupert Mayer predigt gegen die Nationalsozialisten

München * Pater Rupert Mayer predigt gegen den „Schulkampf“ der Nazis, gegen die



„Ausschlachtung“ der Sittlichkeits- und Devisenprozesse gegen Ordensleute, gegen die nationalsozialistischen Presseerzeugnisse und vor allem gegen die „Entkonfessionalisierung“.

24. Januar 1937 – Rupert Mayer: „Die Zeiten sind vorbei, wo wir geglaubt haben.“

München-Kreuzviertel * Während einer Predigt führt Pater Rupert Mayer in der Sankt-Michaels-Kirche aus: „Die Zeiten sind vorbei, wo wir geglaubt haben, was in der Zeitung steht! Glaubt überhaupt keiner Zeitung, wenn sie sich mit sittlichreligiösen Dingen befaßt! Hört nicht darauf! Lest keine Zeitungen! Und jetzt, wenn ihr hinausgeht, dann möchte ich, daß eine religiöse Welle von der Kirche aus sich auf die Straße ergießt und von der Straße aus in die einzelnen Häuser!“

7. April 1937 – Pater Rupert Mayer erhält Redeverbot für das gesamte Reichsgebiet

Berlin * Pater Rupert Mayer erhält Redeverbot für das gesamte Reichsgebiet wegen „staatsabträglichen Reden“ durch das Reichssicherheitshauptamt in Berlin.

22. Juli 1937 – Kanzelmissbrauch und Heimtückegesetz

München * Am 22. und 23. Juli 1937 findet die Hauptverhandlung vor dem Sondergericht München statt. Pater Rupert Mayer wird wegen Kanzelmissbrauchs und Verstoß gegen das Heimtückegesetz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Haftstrafe muss der Verurteilte nicht absitzen, weil er sich laut Urteilsbegründung, „im Felde äußerst tapfer benommen hat“ sowie „schwer kriegsbeschädigt ist“. Obwohl Rupert Mayer als Überzeugungstäter eingestuft wird („... sich der Angeklagte bewußt war, daß das Kirchenvolk seinen Äußerungen eine weit stärkere Bedeutung beimaß als den Äußerungen irgendeines mehr oder weniger bekannten Geistlichen.“), zögert der NS-Staat, wegen dessen Popularität und der Machtstellung der katholischen Kirche noch härter gegen den Priester vorzugehen.

26. Dezember 1937 – Pater Rupert Mayer beginnt wieder zu predigen

München * Pater Rupert Mayer beginnt - trotz seines Verbotes - wieder zu predigen. Er setzt seine Predigten am 1. und 2. Januar 1938 fort.



5. Januar 1938 – Pater Rupert Mayer wird erneut verhaftet

München * Pater Rupert Mayer wird erneut wegen Nichtbeachtung des Predigtverbots verhaftet.

15. Januar 1938 – Pater Rupert Mayer im Gefängnis Stadelheim inhaftiert

München-Obergiesing * Pater Rupert Mayer wird zwei Tage im Gefängnis Stadelheim inhaftiert.

17. Januar 1938 – Pater Rupert Mayer wird ins Gefängnis in Landsberg eingeliefert

Landsberg * Pater Rupert Mayer wird auf Druck der Gestapo ins Gefängnis in Landsberg am Lech als Strafgefangener Nr. 9.469 eingeliefert.

5. Mai 1938 – Pater Rupert Mayer wird vorzeitig entlassen

Landsberg * Pater Rupert Mayer wird aufgrund der „Österreich-Amnestie“ - anlässlich der Eingliederung Österreichs in das „Deutsche Reich“ - vorzeitig aus der Haft entlassen.

8. Juni 1938 – Die jüdische Gemeinde wird vor vollendete Tatsachen gestellt

München-Kreuzviertel * Am Tag nach Hitlers Befehl setzt die Stadt die Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde von der Entscheidung zum Abriss der Hauptsynagoge in Kenntnis. Zugleich erfahren sie, dass das Grundstück an der Herzog-Max-Straße 3–7 für 185.000 Reichsmark an die Stadt zu veräußern ist. Ein Einspruch gegen die Maßnahme oder gar Widerstand kommen unter den politischen Bedingungen des NS-Regimes nicht in Betracht. Noch am selben Abend organisiert die Gemeinde einen letzten Gottesdienst in der Synagoge. Zahlreiche Gemeindemitglieder nehmen Abschied von ihrem religiösen und kulturellen Zentrum, dessen bevorstehende Zerstörung das Ende einer Epoche jüdischen Lebens in München symbolisiert.

9. Juni 1939 – Pater Rupert Mayer gibt bei der Gestapo eine Erklärung ab

München-Maxvorstadt * Pater Rupert Mayer gibt anlässlich einer Vorladung bei der



Gestapo folgende schriftliche Erklärung ab: „Ich erkläre, daß ich im Falle meiner Freilassung trotz des gegen mich verhängten Redeverbotes nach wie voraus grundsätzlichen Erwägungen heraus predigen werde. Ich werde auch weiterhin in der von mir bisher geübten Art und Weise predigen, selbst dann, wenn die staatlichen Behörden, die Polizei und die Gerichte meine Kanzelreden als strafbare Handlungen und als Kanzelmißbrauch bewerten sollten.“

3. November 1939 – Pater Rupert Mayer wird verhaftet und gefangen gehalten

München-Maxvorstadt * Pater Rupert Mayer wird wegen „Wahrung des Beichtgeheimnisses“ und dem Verdacht konspirativer Kontakte zur Widerstandsgruppe der Monarchistischen Bewegung verhaftet. Er wird zwei Monate im Wittelsbacher-Palais gefangen gehalten.

23. Dezember 1939 – Pater Rupert Mayer erhält im KZ Sachsenhausen-Oranienburg Einzelhaft

Sachsenhausen-Oranienburg * Pater Rupert Mayer wird in das KZ Sachsenhausen-Oranienburg bei Berlin überführt und erhält Einzelhaft. Dort verschlechtert sich sein Gesundheitszustand infolge von Hunger und seiner Kriegsverletzung, sodass die Behörden befürchten, der Pater werde als Märtyrer sterben.

22. Juni 1940 – Josephine Baker im Widerstand

Paris • Nach dem Waffenstillstand von Compiègne vom 22. Juni 1940 arbeitet Josephine Baker für die Résistance, der Widerstandsbewegung gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Frankreich. Auf ihrem Schloss Les Milandes, das einige Zeit in der unbesetzten Zone lag, versteckt sie Flüchtlinge, die von den Nationalsozialisten gesucht werden: Mitglieder der Résistance und Juden. Zudem wird sie Mitarbeiterin des französischen Nachrichtendienstes, wo sie als Kurier zum Einsatz kommt. Um die transportierten Geheiminformationen zu verstecken, werden diese zum Teil in unsichtbarer Tinte auf den Partituren Bakers notiert. Einige Dokumente versteckt sie auch in ihrer Unterwäsche, da ihr als Berühmtheit nicht die Gefahr einer Leibesvisitation droht.

7. August 1940 – Pater Rupert Mayer wird ins Kloster Ettal verbannt

Ettal * Pater Rupert Mayer wird wegen seines bedrohlichen Gesundheitszustandes und auf



Anordnung des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, für den Rest des Krieges ins Kloster Ettal verbannt. Er muss im Kloster leben, darf das Klostergelände nicht verlassen und keine Messen in der Öffentlichkeit zelebrieren.

16. Juni 1941 – Der Jesuitenpater Alfred Delp beginnt seine Tätigkeit als Seelsorger

München-Bogenhausen * Der Jesuitenpater Alfred Delp beginnt seine Tätigkeit als Seelsorger in der Bogenhausener Pfarrei Heilig Blut und als Kirchenrektor an der Sankt-Georgs-Kirche.

August 1941 – Flugblätter und Klebezettel mit Aufrufen zum Widerstand

München * Das Reichssicherheitshauptamt stellt fest, dass in München und Umgebung verstärkt Flugblätter und Klebezettel mit Aufrufen zum Widerstand gegen das NS-Regime in Umlauf sind. Darin tauchen Angriffe wie „Bluthund Hitler verrecke!“ oder „Vernichtet den Faschismus!“ auf.

26. Januar 1942 – Walter Klingenbeck wird verhaftet

München-Maxvorstadt * Walter Klingenbeck wird verhaftet. Er ist Mitglied einer kleinen oppositionellen katholischen Jugendgruppe, die Rundfunksender bastelt und damit oppositionelle Nachrichten verbreitet. Außerdem verteilten sie Flugblätter und brachten Parolen an Gebäuden an.

Februar 1942 – Alfred Delp nimmt Verbindungen zum Kreisauer-Kreis auf

München-Bogenhausen * Im Auftrag des Jesuiten-Ordensprovinzials August Rösch nimmt Alfred Delp - als Experte für Fragen der Katholischen Soziallehre, insbesondere der Arbeiterfrage - Verbindungen zum Kreisauer-Kreis auf, um die Erneuerung des Staates auf der Grundlage der christlichen Soziallehre nach dem absehbaren Zusammenbruch des Dritten Reiches zu bewirken. Die Gruppierung um Graf James von Moltke gewinnt bis 1944 an Breite. Neben Priestern beiderlei Konfession, Offizieren, Adeligen und meist konservativen Politikern arbeiten auch Sozialdemokraten mit.

März 1942 – Alfred Delp trifft sich mit Graf James von Moltke



München-Bogenhausen * Alfred Delp trifft sich zum ersten Mal mit Graf James von Moltke, dem Kopf des „Kreisauer Kreises“.

22. Mai 1942 – Die erste Kreisauer Tagung findet statt

Kreisau * Die erste Kreisauer Tagung findet noch ohne Alfred Delp statt.

24. September 1942 – Walter Klingenbeck wird zum Tode verurteilt

München * Walter Klingenbeck wird durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

16. Oktober 1942 – Der Kreisauer Kreis beschäftigt sich mit Staat, Kirche, sozialen Fragen

Kreisau * Die 2. Kreisauer Tagung dauert bis 18. Oktober und beschäftigt sich mit den Themen: Staat, Kirche und sozialen Fragen. Dieses Mal ist der Jesuitenpater Alfred Delp dabei.

November 1942 – Verbindungen zwischen dem Kreisauer Kreis und dem Sperr-Kreis

München-Bogenhausen * Alfred Delp stellt Verbindungen zwischen dem Kreisauer Kreis und dem Sperr-Kreis her.

12. November 1942 – Dr. Hermann Joseph Wehrle wird Kaplan in Bogenhausen

München-Bogenhausen * Dr. Hermann Joseph Wehrle wird Kaplan in der Pfarrei Bogenhausen.

15. Februar 1943 – Das sechste Flugblatt der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“

München * Das sechste Flugblatt der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ wird fertiggestellt und versandt. Es beinhaltet den Aufruf zum „Sturz des NS-Regimes“ und fordert die Errichtung eines „neuen geistigen Europas“. Das Flugblatt wird später in England nachgedruckt und von britischen Flugzeugen über Deutschland abgeworfen. Außerdem wird der Inhalt durch den Sender British Broadcast Corporation - BBC verbreitet.



18. Februar 1943 – Die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ verteilt Flugblätter in der Universität

München-Maxvorstadt * Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ verteilen etwa 1.700 Flugblätter in der Münchener Universität. Der Hausmeister, der die ganze Aktion beobachtet hat, meldet sie bei der Gestapo. Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst werden verhaftet und ins Wittelsbacher Palais gebracht.

22. Februar 1943 – Todesurteile gegen Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst

München - München-Obergiesing * Nach dem dreitägigen Verhör bei der Gestapo folgt der Prozess gegen die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ vor dem Volksgerichtshof unter dem Vorsitz des eigens aus Berlin angereisten Dr. Roland Freisler. Hans und Sophie Scholl werden gemeinsam mit Christoph Probst zum Tod verurteilt. Das Urteil wird noch am selben Tag im Strafgefängnis München-Stadelheim durch den Scharfrichter Johann Reichhart vollstreckt.

13. Juli 1943 – Alexander Schmorell und Kurt Huber in Stadelheim hingerichtet

München-Obergiesing * Alexander Schmorell und Professor Kurt Huber, Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“, sterben im Gefängnis München-Stadelheim unter der Guillotine von Johann Reichhart.

5. August 1943 – Walter Klingenbeck wird in Stadelheim hingerichtet

München-Obergiesing * Walter Klingenbeck wird im Alter von 19 Jahren im Gefängnis Stadelheim hingerichtet bzw. ermordet.

12. Oktober 1943 – Das Todesurteil gegen Willi Graf wird vollstreckt

München-Obergiesing * Das Todesurteil gegen Willi Graf, einem Mitglied der „Weißen Rose“, wird durch den Scharfrichter Johann Reichhart im Gefängnis München-Stadelheim vollstreckt.

13. Dezember 1943 – Gewissensbisse zum Tyrannenmord



München-Bogenhausen * Der Wehrmachtsoffizier Ludwig Freiherr von Leonrod sucht seinen Beichtvater Dr. Hermann Wehrle in der Bogenhausener Georgs-Kirche auf. Ihn plagen Gewissensbisse, seit er von Claus Graf Schenk von Stauffenberg in die Attentatspläne auf Hitler eingeweiht worden ist. Er will wissen, wie die katholische Kirche zum „Tyrannenmord“ steht.

14. Januar 1944 – James Graf von Moltke wird verhaftet

Kreisau ? * James Graf von Moltke wird verhaftet. Dem Kreisauer Kreis fehlt seither sein Kopf.

Juli 1944 – Scharfrichter Johann Reichhart muss für Hinrichtungen nach Berlin

Berlin * Um die vielen Hinrichtungen im Zusammenhang mit dem „Attentat vom 20. Juli“ vollstrecken zu können, wird der Scharfrichter Johann Reichhart nach Berlin beordert. An einem Tag erfolgen so viele Hinrichtungen, dass Reichhart und seine Gehilfen bis zum Knöchel im Blut waten. Im Gegensatz zu Reichhart, der seine Todeskandidaten mit der Guillotine hinrichtet, erhängt sein Kollege Ernst Reichel, der berühmte „Henker und Schlächter von Berlin“, die Widerständler in Berlin-Plötzensee - auf Befehl Hitlers - an Fleischerhaken auf.

20. Juli 1944 – Ein Attentat auf Adolf Hitler im Führerhauptquartier Wolfsschanze

Wolfsschanze * Das Attentat auf Reichskanzler Adolf Hitler im Führerhauptquartier Wolfsschanze und der Umsturzversuch durch Stauffenberg und seine Mitverschwörer in Berlin scheitern. Die Geheime Staatspolizei - Gestapo wird dadurch auch auf die Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis aufmerksam.

13. September 1944 – Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle wird in akute Gefahr gebracht

Berlin * Das Gnadengesuch des Freiherrn von Leonrod bringt Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle in akute Gefahr. Im Hauptverfahren gegen ihn wird er zum Tode verurteilt. Das Urteil wird umgehend vollstreckt.

9. Januar 1945 – Die Hauptverhandlung gegen Alfred Delp in Berlin beginnt



Berlin * Die Hauptverhandlung gegen Alfred Delp vor dem Volksgerichtshof in Berlin beginnt. „Hitlers Blutrichter“, der Präsident des Volksgerichtshofs, Dr. Roland Freisler, führt die Verhandlung und beschimpft den Angeklagten mit den Worten: „Sie Jämmerling, Sie pfäffisches Würstchen - und so etwas erdreistet sich, unserem geliebten Führer ans Leben zu wollen. [...] Eine Ratte - austreten, zertreten sollte man so was.“

11. Januar 1945 – Alfred Delp wird zum Tode verurteilt

Berlin * Der Jesuitenpater und Pfarrer von Bogenhausen, Alfred Delp, wird wegen Hochverrats zum Tode verurteilt.

11. Januar 1945 – Die Hauptverhandlung gegen Franz Sperr beginnt

Berlin * Die Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof gegen Franz Sperr beginnt. Er kam durch Aussagen und Unterlagen von Mitgliedern des Kreisauer Kreises nach dem misslungenen Attentat auf Hitler in die Fänge der Gestapo.

2. Februar 1945 – Der Jesuitenpater Alfred Delp wird in Berlin-Plötzensee gehängt

Berlin * Der 37-jährige Jesuitenpater Alfred Delp wird in Berlin-Plötzensee gehängt. Seine Asche wird auf den Berliner Rieselfeldern, auf denen man die Abwässer der Metropole versickern lässt, verstreut.

5. März 1949 – Michael von Faulhaber erhält die Münchner Ehrenbürgerschaft

München * Die bayerische Landeshauptstadt München verleiht Kardinal Michael von Faulhaber aus Anlass seines achtzigsten Geburtstags die Ehrenbürgerschaft. Schon damals sprechen alle vom Widerstand des Erzbischofs von München und Freising. Und Landtagspräsident Michael Horlacher von der CSU schwärmt in seiner Rede vor den Abgeordneten sogar von Michael von Faulhabers „immerwährenden Eintreten für den Völkerfrieden“.

12. Juni 1952 – Die Münchner Jüdische Zeitung würdigt Faulhabers Eintreten



München * Es ist und bleibt ein ewiges Rätsel, warum ausgerechnet die Münchner Jüdische Zeitung zum Schluss kommt, dass Kardinal Michael von Faulhaber an dem denkwürdigen 3. Dezember 1933 „gegen den Rassenwahn der nationalsozialistischen Machthaber so furchtlos Stellung nahm“.

24. Juli 1952 – Weltpremiere von „Zwölf Uhr mittags“

New York * Der Western „Zwölf Uhr mittags“ [„High Noon“] feiert in New York seine Weltpremiere. Der Film mit Gary Cooper in der Hauptrolle gilt heute als einer der bedeutendsten Western der Filmgeschichte. Die Handlung spielt nahezu in Echtzeit: Marshal Will Kane muss sich allein einer Gruppe von Verbrechern stellen, nachdem die Bewohner seiner Stadt ihn im Stich lassen. Der Film wird häufig als Gleichnis für Zivilcourage, persönliche Verantwortung und den Mut verstanden, auch gegen den Widerstand der Mehrheit für seine Überzeugungen einzustehen. „Zwölf Uhr mittags“ wurde zu einem großen internationalen Erfolg und gewann vier Oscars, darunter für Gary Cooper als bester Hauptdarsteller sowie für den Titelsong „High Noon (Do Not Forsake Me, Oh My Darlin‘)“. Das Werk beeinflusste Generationen von Filmschaffenden und zählt bis heute zu den Klassikern des amerikanischen Kinos.

Juni 1954 – Die Gewerkschaften schließen mit C&A Brenninkmeyer einen Vergleich

München * Die Gewerkschaften schließen mit C&A Brenninkmeyer einen Vergleich. Die Firma verzichtet auf eine Entschädigung von 250.000 DMark und die Gewerkschaften entschuldigen sich für die Beleidigungen in einem Flugblatt vom 20. Februar 1954. Und nachdem sich viele andere Groß- und Mittelbetriebe für Samstagnachmittags-Öffnungszeiten nach 14 Uhr aussprechen, bricht der Widerstand zusammen. Der „Ladenschluss-Krieg“ ist damit beendet.

4. August 1956 – Halbstarken-Proteste auf der Auer Dult

München-Au * Während der Jakobi-Dult des Jahres 1956 gibt es erhebliche Schwierigkeiten, nachdem rund 150 Jugendliche nach der Schlussstunde das Dultgelände nicht verlassen wollen. Sie johlen, pfeifen und leisten Widerstand gegen die Maßnahmen der Polizei. Erst das herbeigerufene Überfallkommando kann die Ordnung wieder herstellen.



5. August 1956 – Die Halbstarken-Proteste auf der Dult gehen weiter

München-Au * Am Nachmittag trifft sich eine größere Anzahl von Jugendlichen und Halbwüchsigen vor allem bei den Fahrgeschäften auf der Auer Jakobi-Dult. Sie pöbeln die Polizeibeamten an und beschimpfen sie. Gegen 20:20 Uhr weigern sich etwa 100 Jugendliche am Autoskooter den Platz zu räumen. Die Aufforderung zur Räumung des Platzes wird von den Burschen mit Geschrei und Pfeifen beantwortet. Der Widerstand gegen die Räumungsversuche der Polizei ist zunächst völlig passiver Natur. Die Burschen bleiben meist mit Händen in der Hosentasche hartnäckig stehen und müssen von den Beamten durch fortwährendes Schieben aus dem Dultgelände entfernt werden. Nach etwa 10 Minuten ist das Dultgelände geräumt und die Beamten werden wieder zurückgezogen. Da ziehen zwei Jugendliche mit Geschrei und Gejohle über den bereits leer geräumten Platz, denen sich eine lärmende Horde junger Burschen anschließt, die mit lautem Geschrei über den Platz marschiert. Auch die nunmehr erfolgte Festnahme der beiden Jungen ändert nichts mehr. Die Jugendlichen rotten sich zusammen. Die erneut eingesetzten Polizeibeamten werden teilweise von der Masse der Jugendlichen, die sich inzwischen auf etwa 300 erhöht hat, eingekeilt und muss von Gummiknüppeln Gebrauch machen. Sie werden mit Geschrei und Schimpfworten bedacht. Die eingesetzten Funkstreifenwagen werden mit Steinen beworfen.

20. August 1956 – Debatte um Jugendkontrolle und Polizeigewalt

München - München-Au * Der CSU-Landtagsabgeordnete und spätere Innenminister Heinrich Junker tut sich als Scharfmacher hervor. Er stellt einen Antrag für Maßnahmen zum Schutze der Jugend, in dem er die ständige Überwachung von Kinos, Gaststätten und Parkanlagen, die Überwachung der jugendlichen Kraftfahrer, insbesondere der Mopedfahrer und die Bekämpfung jeglicher auftretender Bandenbildung fordert. Zur Durchsetzung seines Antrags unterstützt er das „rücksichtslose Eingreifen der Polizei“, deren „rücksichtslose Gewaltanwendung“, die „Brechung jeglichen Widerstands [...] mit allen an die Grenze des Gesetzes gehenden Mitteln“ und die „Anweisung an die Staatsanwaltschaft, bei Vergehen und Verbrechen schärfsten Strafantrag zu stellen“. Junker kann sich mit seinen Vorstellungen gegen die SPD-dominierte Viererkoalition nicht durchsetzen. Dieser Erfolg liegt an dem SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Schlichtinger, der sich für die Interessen und Nöte der Jugendlichen einsetzt. Ihm geht es nicht darum, „wie man ‚die Halbstarken‘ bekämpfen und gegebenenfalls vernichten kann, sondern wie man junge Menschen davor bewahren kann, Rowdys oder Verbrecher zu werden“ und wehrt sich gegen das Modewort „Halbstarke“.



20. Juni 1962 – Der Polizeieinsatz am Wedekind-Brunnen

München-Schwabing * Der nächste Polizeieinsatz, der letztlich zu den Schwabinger Krawallen führen wird, erfolgt am Wedekindplatz. Am späten Abend schreiten die Ordnungshüter gegen eine Gruppe Gitarristen und deren rund 150 Zuhörer ein, weil sie „ruhestörenden Lärm verursachten, indem sie musizierten, sangen, in die Hände klatschten, zum Teil auch tanzten und grundlos gröhlten“. Weil die Beamten mit Pfeifen und Buhrufen empfangen werden, rufen sie umgehend das Kleine Überfallkommando herbei. Nach einer dreimaligen über Lautsprecher verbreiteten Aufforderung den Platz zu verlassen, räumen die Zuschauer - ohne nennenswerten Widerstand - den Wedekindplatz.

1977 – Die Suche nach einem Standort beginnt

Bundesrepublik Deutschland * Als mögliche Standorte für die Wiederaufarbeitungsanlage werden unter anderem Wangershausen in Hessen, Kaisersesch sowie Hambuch und Illerich in Rheinland-Pfalz und Dragahn in Niedersachsen untersucht. Die Planungen scheitern vor allem am Widerstand der Bevölkerung und an politischen Vorbehalten.

30. Oktober 1980 – Gegen den Todesflughafen im Erdinger Nebelloch

München * Das Verwaltungsgericht entscheidet nach einem zwölfjährigen Widerstand gegen den „Todesflughafen im Erdinger Nebelloch“ für den sofortigen Vollzug des Baubeginns von München II im Erdinger Moos.

30. Oktober 1981 – Eine Bürgerinitiative organisiert den Widerstand

Schwandorf * In Schwandorf gründet sich die „Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage“. Damit beginnt der organisierte Widerstand gegen eine mögliche Wiederaufarbeitungsanlage in der Region.

1982 – Die Wiederverwertbarkeit von Rohstoffen aus dem Müll fördern

München * Es gibt Überlegungen, ein drittes Müllverbrennungs-Kraftwerk zu bauen. Es gibt aber auch „grünen“ Widerstand, der fordert, die Verbrennungsanlagen zu entgiften und die



Wiederverwertbarkeit von Rohstoffen zu fördern.

März 1983 – Der Widerstand vernetzt sich überregional

Schwandorf * An den Protesten in der Region beteiligen sich neben Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden zunehmend auch überregionale Gruppen der Anti-Atomkraft-Bewegung.

September 1984 – Das Franziskus-Marterl wird zum Ort des Widerstands

Wackersdorf * In der Nähe des späteren WAA-Baugeländes entsteht das Franziskus-Marterl. Der Bildstock entwickelt sich zu einem religiösen und gesellschaftlichen Zentrum des Widerstands gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

Oktober 1984 – Andachten und Spaziergänge verbinden den Widerstand

Wackersdorf * Regelmäßige ökumenische Andachten, Bittgänge und „Sonntags-Spaziergänge“ verbinden kirchliche, bürgerschaftliche und umweltpolitische Formen des Protests.

8. November 1985 – Der alte Gedenkstein kommt auf den Platz der Freiheit in Neuhausen

München-Maxvorstadt - München-Neuhausen * Der alte Gedenkstein vom Platz der Opfer des Nationalsozialismus wird - mit neuer Inschrift versehen und zur „Erinnerung an die Opfer des Widerstands gegen den Nationalsozialismus“ auf dem Platz der Freiheit in Neuhausen aufgestellt.

31. Dezember 1985 – Ein Holzkreuz wird zum Symbol des christlichen Widerstands

Wackersdorf * Bei einer Jahresschlussandacht in der „Freien Republik Wackerland“ segnet Pfarrer Andreas Schlagenhauser ein zehn Meter hohes Holzkreuz. Die Christusfigur schnitzt der Burglengenfelder Bildhauer Stefan Preisl direkt im Hüttendorf aus einem Fichtenstamm. Kreuz und Andacht unterstreichen die große Bedeutung des christlich geprägten Widerstands gegen die WAA.



11. Mai 1986 – Die „Mütter gegen Atomkraft“ organisieren sich

München * Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl schließen sich Frauen aus München, Starnberg und dem Umland zur Initiative „Mütter gegen Atomkraft“ zusammen. Ausgangspunkt ist eine Muttertagsaktion auf dem Münchner Marienplatz, bei der Frauen symbolisch möglicherweise radioaktiv belastete Blumen niederlegen und ein großes Strahlenzeichen bilden. Die Initiative informiert über radioaktive Belastungen, veröffentlicht unabhängige Messergebnisse und gibt Empfehlungen zum Schutz von Kindern und Familien. Zugleich fordert sie den Ausstieg aus der Kernenergie und wendet sich gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Die „Mütter gegen Atomkraft“ entwickeln sich zu einem wichtigen, überparteilichen Teil des bürgerlichen Anti-Atom-Widerstands.

26. Juli 1986 – Das „deutsche Woodstock“ wird zum Höhepunkt des Widerstands

Burglengenfeld * Auf dem Lanzenanger findet am 26. und 27. Juli das fünfte Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Mehr als 100.000 Menschen reisen nach Burglengenfeld und machen die Veranstaltung zum bis dahin größten Rockkonzert der Bundesrepublik. Das später als „deutsches Woodstock“ bezeichnete Festival bildet zugleich den kulturellen Höhepunkt des Widerstands gegen die WAA. Auf der Bühne stehen unter anderem BAP, Herbert Grönemeyer, Udo Lindenberg, Die Toten Hosen, Rio Reiser, Haindling, die Biermösl Blosn, Wolf Maahn, Wolfgang Ambros, Purple Schulz, Anne Haigis, Marian Gold, Kevin Coyne, Herwig Mitteregger, Fritz Brause, die Rodgau Monotones, Die Firma, das Frankfurter Kurorchestra, Chris McGregor und Théâtre du Pain. Viele Künstler verzichten ganz oder weitgehend auf ihre Gagen und bekunden öffentlich ihre Solidarität mit den WAA-Gegnern. Rund 7.000 Polizisten begleiten und überwachen die Veranstaltung. Entgegen den zuvor geäußerten Befürchtungen bleibt das Festival vollständig friedlich. Die Bilder der riesigen, gewaltfrei protestierenden Menschenmenge finden bundesweit Beachtung und verändern die öffentliche Wahrnehmung des WAA-Widerstands.

27. Juli 1986 – Salzburg und Schwandorf schließen eine Anti-Atom-Partnerschaft

Salzburg * Auf dem Alten Markt in Salzburg besiegeln Bürgermeister Josef Reschen und der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer eine grenzüberschreitende „Anti-Atom-Partnerschaft“. Unter dem Motto „Atome kennen keine Grenzen“ reichen sie sich auf Leitern über einem nachgebauten WAA-Bauzaun hinweg die Hand. Die symbolische Vereinbarung zwischen der Stadt Salzburg und dem Landkreis Schwandorf soll den gemeinsamen Widerstand gegen die



Wiederaufarbeitungsanlage stärken.

9. Oktober 1986 – 200.000 Unterschriften gegen Atomenergie und Wiederaufarbeitung

München * WAA-Gegner demonstrieren vor der Bayerischen Staatskanzlei und übergeben rund 200.000 Unterschriften gegen die Nutzung der Atomenergie und die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente. Die Aktion macht die breite gesellschaftliche Unterstützung des Widerstands sichtbar und erhöht unmittelbar vor der bayerischen Landtagswahl den politischen Druck auf die Staatsregierung.

November 1986 – Baufortschritt und juristische Aufarbeitung

Wackersdorf - Schwandorf * Während die Arbeiten auf dem WAA-Gelände fortgesetzt und die Baustelleneinrichtungen erweitert werden, beschäftigen die zurückliegenden Proteste zunehmend Polizei und Justiz. Gegen zahlreiche Demonstranten laufen Ermittlungs- und Strafverfahren, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Zugleich werden einzelne Vorwürfe gegen Polizeibeamte untersucht. Sie betreffen unter anderem unverhältnismäßige Gewaltanwendung bei Demonstrationen, Räumungen und Festnahmen. Der WAA-Konflikt verlagert sich damit zunehmend vom Bauzaun in Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften und Gerichte.

April 1987 – Der Kampf um die öffentliche Meinung geht weiter

Wackersdorf - Schwandorf * Die DWK und ihre Tochtergesellschaften weiten ihre Öffentlichkeitsarbeit für die Wiederaufarbeitungsanlage aus. Sie betreiben Informationszentren auf dem ehemaligen BBI-Gelände und in Schwandorf, werben für die versprochenen Arbeitsplätze und unterstützen örtliche Einrichtungen und Vereine. Das Sponsoring soll die gesellschaftliche Akzeptanz des Projekts in der Region erhöhen. Die WAA-Gegner setzen ihre vielfältigen Protestaktionen fort. Ökumenische Andachten am Franziskus-Marterl, Sonntagsspaziergänge zum Bauzaun, Blockaden, Kulturveranstaltungen und grenzüberschreitende Aktionen halten den Widerstand öffentlich sichtbar. Der Konflikt wird damit zunehmend auch als Kampf um Zustimmung, Deutungshoheit und gesellschaftlichen Einfluss geführt.



14. Juni 1987 – „Zug um Zug gegen Wackersdorf“

Salzburg - Schwandorf - Wackersdorf * Unter dem Motto „Zug um Zug gegen Wackersdorf“ bringt ein Sonderzug zahlreiche österreichische WAA-Gegner von Salzburg nach Schwandorf. Unter den Teilnehmern befindet sich auch Salzburgs Bürgermeister Josef Reschen. Von Schwandorf ziehen die Demonstranten weiter zum WAA-Baugelände. Die Aktion unterstreicht die enge Verbindung zwischen dem oberpfälzischen und dem österreichischen Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

Oktober 1987 – Debatte über Gewalt und Gewaltfreiheit

Wackersdorf * Brandanschläge, beschädigte Baumaschinen und umgesägte Strommasten verschärfen den Konflikt um die WAA. Die Taten werden überwiegend militanten beziehungsweise autonomen Gruppen zugerechnet. Bürgerinitiativen, kirchliche Gruppen und andere Vertreter des regionalen Widerstands distanzieren sich ausdrücklich von Gewalt und halten am friedlichen Protest fest. Innerhalb der Anti-WAA-Bewegung intensiviert sich zugleich die Debatte über Aktionsformen, Militanz und die Grenzen des zivilen Ungehorsams.

Oktober 1987 – Gauweilers RAF-Vergleich verschärft den Konflikt

München * Der bayerische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler stellt öffentlich eine Verbindung zwischen militanten Teilen des Widerstands gegen die WAA und der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF) her. Vertreter der Bürgerinitiativen weisen den Vergleich zurück und betrachten ihn als Versuch, die Protestbewegung zu kriminalisieren. Die Äußerungen heizen die ohnehin angespannte Stimmung vor der Großdemonstration am 10. Oktober zusätzlich an und vertiefen die politische Konfrontation zwischen Staatsregierung und WAA-Gegnern.

10. Oktober 1987 – Letzte Großdemonstration gegen die WAA

Wackersdorf * Zwischen 20.000 und 25.000 Menschen versammeln sich auf dem Wackersdorfer Volksfestplatz zu einer Kundgebung gegen die Wiederaufarbeitungsanlage. Zu den Mitwirkenden gehört der Kabarettist Dieter Hildebrandt. Anschließend ziehen zahlreiche Demonstranten zum Baugelände. Es ist die letzte Großdemonstration mit mehreren Zehntausend Teilnehmern unmittelbar am WAA-Standort. Danach verlagert sich der Widerstand zunehmend auf kleinere, dezentrale und gewaltfreie Aktionen.



22. Februar 1988 – Sicherheitsbericht wird öffentlich ausgelegt

Wackersdorf * Der Sicherheitsbericht für die beantragte zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung wird öffentlich ausgelegt. Bürger, Gemeinden und Verbände können die Unterlagen einsehen und bis zum 22. April 1988 Einwendungen gegen das Vorhaben erheben. Die Auslegung bildet die Grundlage für den späteren Erörterungstermin in Neunburg vorm Wald. Trotz der möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen lehnt die bayerische Staatsregierung eine amtliche Auslegung der Unterlagen in Österreich ab. Dies verstärkt dort den politischen Widerstand gegen die WAA.

6. September 1988 – „Salzburger Protestspiele“ gegen die WAA

Regensburg * Österreichische WAA-Gegner veranstalten in Regensburg die „Salzburger Protestspiele“. Künstler, Musiker und Aktivisten bringen den grenzüberschreitenden Widerstand mit kulturellen und politischen Beiträgen zum Ausdruck. Zu den Mitwirkenden gehört der österreichische Musiker Falco. Die Veranstaltung unterstreicht die enge Zusammenarbeit zwischen der oberpfälzischen und der österreichischen Anti-Atom-Bewegung. Die genaue Abfolge und die einzelnen Spielorte innerhalb Regensburgs sind in den bislang ausgewerteten Quellen nicht eindeutig angegeben.

Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf

Bundesrepublik Deutschland * Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren: Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998 möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.



15. Juli 1989 – Das letzte Anti-WAAhnsinns-Festival

Burglengenfeld * Wenige Wochen nach dem Baustopp in Wackersdorf findet auf dem Lanzenanger das siebte und letzte Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Rund 20.000 Menschen besuchen die zweitägige Veranstaltung, die Protestfestival und Feier über das absehbare Ende der WAA zugleich ist. Auf der Bühne stehen unter anderem Robert Cray, Udo Lindenberg, Ten Years After, Blue Cheer, Al Stewart, Georg Danzer, Herman Brood & His Wild Romance, Wolf Maahn, Phillip Boa and the Voodooclub, Biermösl Blosn, Peter Cornelius, Czeslaw Niemen, The Blues Band, The Daltons, Pankow, Groundhogs und Hans Söllner. Mit diesem Festival endet die Reihe der sieben Anti-WAAhnsinns-Festivals, die seit 1982 Musik und Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage verbinden.

August 1996 – Bürgermeister Hep Monatzeder enthüllt eine Gedenktafel

München-Haidhausen * Bürgermeister Hep Monatzeder enthüllt gemeinsam mit dem Hofbräukeller-Wirt Günter Steinberg und den Enkeln der zwölf am 5. Mai 1919 im Garten des Hofbräukellers ermordeten Perlacher Arbeiter eine Gedenktafel, die an die Vorgänge erinnern soll. Damit will die Landeshauptstadt München verhindern, dass die Opfer der Niederschlagung der Münchner Räterepublik in Vergessenheit geraten. Hep Monatzeder betont dies bei der Enthüllung der Gedenktafel und sagte weiter: „Sie soll aber auch zur Wachsamkeit und zum Widerstand mahnen gegen jedes neue Aufflammen von Rechtsextremismus, Fanatismus und Intoleranz.“

2005 – Aufruhr um die Plastikmass

2005: München * Der Löwenbräu-Festwirt Ludwig „Wiggerl“ Hagn schlägt vor, auf dem Oktoberfest versuchsweise Masskrüge aus Kunststoff einzusetzen. Die Idee stößt auf heftigen Widerstand. Dabei liegen die praktischen Vorteile für Hagn auf der Hand: Kunststoffkrüge sind fast einen Kilogramm leichter als Glaskrüge, nahezu unzerbrechlich und lassen sich nach dem Spülen schneller abkühlen. Auch die Bedienungen müssten deutlich weniger Gewicht tragen. Hagn verweist auf die Bilanz des vorausgegangenen Oktoberfests: Rund 36.000 Masskrüge sind in seinem Festzelt abhandengekommen; viele werden als Souvenir mitgenommen, ein großer Teil geht jedoch zu Bruch. Nach seinen Angaben liegen zuletzt mehr als 26 Tonnen Glasscherben auf dem Zeltboden. Auch die Polizei begrüßt den Vorschlag, da gläserne Masskrüge bei Auseinandersetzungen als gefährliche Waffen eingesetzt werden können. Für viele Münchner und Wiesnwirte gehört der schwere Glaskrug jedoch untrennbar zum Oktoberfest.



Sie vermissen vor allem das vertraute Klirren beim Anstoßen und fürchten um die Tradition der Wiesn. Hagn macht den geplanten Versuch schließlich von der Zustimmung der Gäste abhängig. Die Kunststoffmass setzt sich nicht durch.

26. Februar 2009 – Widerstand gegen die EU-Nährwertprofile

Brüssel * Mehrere CDU-Europaabgeordnete, darunter Renate Sommer und Peter Liese, sprechen sich öffentlich gegen die geplanten EU-Nährwertprofile aus. Sie warnen, die vorgesehenen Grenzwerte könnten traditionelle deutsche Backwaren wie Brot und Brezen benachteiligen, und kritisieren die Pläne als überzogene Regulierung. Die Auseinandersetzung entwickelt sich rasch zu einem Thema des bevorstehenden Europawahlkampfes. Obwohl die geplanten Nährwertprofile ausschließlich gesundheitsbezogene Werbeaussagen betreffen und weder Rezepturen noch den Verkauf von Brot oder Brezen regeln sollen, entsteht in der öffentlichen Debatte vielfach der Eindruck, die EU wolle traditionelle Backwaren verbieten oder ihren Salzgehalt vorschreiben.

8. Juni 2009 – Die Nährwertprofile verschwinden in der Schublade

Brüssel * Nach der Europawahl verfolgt die Europäische Kommission die Einführung der gesetzlich vorgesehenen Nährwertprofile nicht weiter. Der Widerstand aus Teilen der Politik sowie der Lebensmittelwirtschaft ist groß. Insbesondere die geplanten Grenzwerte für traditionelle Lebensmittel wie Brot sorgen für anhaltende Kontroversen. Die ursprünglich bis Januar 2009 angekündigten Nährwertprofile werden deshalb nie verabschiedet. Damit entfällt auch die vorgesehene Einschränkung, gesundheits- und nährwertbezogene Werbeaussagen an die Gesamtzusammensetzung eines Lebensmittels zu knüpfen. Hersteller können daher – sofern die jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind – weiterhin mit einzelnen Aussagen wie „ballaststoffreich“ oder „reich an Vitamin C“ werben, auch wenn ein Produkt insgesamt viel Zucker, Fett oder Salz enthält. Die Nährwertprofile, die die Europäische Union bereits 2006 beschlossen hatte, sind bis heute nicht eingeführt.

21. Juli 2013 – Eine Gedenktafel für die Widerstandsgruppe Weiße Rose angebracht

München-Haidhausen * Auf dem Gelände des Ostbahnhofs wird eine Gedenktafel auf Privatgrund für die Widerstandsgruppe Weiße Rose angebracht. Zehn Jahre hat der Kampf zwischen den Stadtteilpolitikern und einem Politikwissenschaftler und der Landeshauptstadt



angedauert.

16. März 2014 – Der Widerstand gegen das Königs-Denkmal schwindet

München-Au - München-Isarvorstadt * Bei der Stadtratswahl wird die CSU stärkste Fraktion und geht mit der SPD eine Koalition ein. Damit verändert sich auch die Einstellung zum Ludwig II.-Denkmal auf der Corneliusbrücke. Noch immer wollen weder die Stadträte der SPD noch der Grünen den meterhohen Kinnstein neu aus Bronze gießen lassen, da derartige figurliche Darstellungen „zu Beginn des 21. Jahrhunderts eigentlich nicht mehr die Ausdrucksform einer demokratischen Gesellschaft“ sind.
